Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 126. Sonnabend, den 1. Juni 1912. 19. Jahrg.

Rüstungspolitik, Junkerregiment und Staatsstreichgelüste!

Ueber dieses hochaktuelle Thema spricht am Dienstag abend im Gewerkschaftshaus der bekannte preußische Landtagsabgeordnete Leinert aus Hannover.

Parteigenossen und Genossinnen! Sorgt durch eine energische Propaganda für einen Massenbesuch dieser Versammlung.

Hierzu eine Beilage.

Frankreichs Mühlstein.

Der berühmte französische Geograph Elisée Reclus schrieb einmal von den zwei entscheidenden Tagen in der französischen Geschichte: „Das nicht mehr gut zu machende Unglück ist nicht Pavia, nicht St. Quentin, nicht Malplaquet, Waterloo oder Sedan, es ist Quebec. Bei dieser Stadt entrissen uns die Engländer die Herrschaft über Amerika und vielleicht die Weltherrschaft — es geschah am 13. September 1759. Der große Triumphtag dagegen, aber keiner jener so hochtönenden und doch so unfruchtbaren Siege auf dem Schlachtfelde, an denen unsere Geschichte so reich ist, sondern einer jener Siege, die dem Strom der Geschichte ein neues Bett graben, war nicht Marignano, nicht Rocroy, Fontenay, Marengo, Austerlitz, Jena oder Wagram, sondern die Eroberung Algiers am 5. Juli 1830.“ Seit Jahrzehnten schon schwärmten nun die französischen Beutepolitiker davon, dieses Algier, das 1881 um Tunesien vergrößert worden war, durch die Eroberung Marokkos abzurunden und wie alle Anstrengungen und Mühen der führenden Leute starr und unverrückbar auf dieses Ziel gerichtet waren, so fanden sich auch entflammte Barden, die zu den rauschendsten Triumphgesängen auf die marokkanische Zukunft in die Saiten stürmten. Keineswegs eine vereinzelte Auslassung ist es, wenn schon vor zwanzig Jahren der französische Orientkenner Auguste Moutiéras folgenden Panegyrikus anstimmte: „Wenn uns Algerien und Tunesien zusammen 300 000 Mann mohammedanische Soldaten geben können, was ist erst von Marokko zu erwarten, wenn es endgültig in Frankreichs Machtbereich tritt? An diesem Tage wird es Herr des Erdballs! Welche europäische Armee könnte dem Troß von zwei Millionen Berbern und Arabern widerstehen, die französisch bewaffnet und diszipliniert sind? Und welch herrliches Kolonialreich würden wir in diesem Teil des nordwestlichen Afrika haben! Tunesien, Algerien, Marokko! Marokko vor allem, das mehr gilt, als die beiden andern zusammen. Marokko, Afrikas unvergleichlichstes Land, das eines Tages, so hoffen wir, die schönste Blüte im Kranze französischer Kolonien sein wird.“ So ergänzt eins wirkungsvoll das andere: der Verlust Quebecs Verlust der französischen Weltherrschaft — die Eroberung Marokkos der Beginn französischer Weltherrschaft!

Aber ach! vorläufig kommt es so ganz anders, als man es sich in schönen Stunden erträumt hat. Die französische Regierung und Ausbeutersippe steht am Ziel ihrer Wünsche: über den vier „kaiserlichen Städten“ des Landes, Fez, Mekines, Rabat und Marrakesch, weht die Trikolore und in Fez hat in Gestalt des Generals Liautey der französische Resident schon seinen Einzug gehalten. Aber die Fantasia, mit der er begrüßt wurde, war ein Geknatter scharfer Schüsse, denn wenn sich die Franzosen eingebildet hatten, sie könnten ohne Kämpfe und Blutvergießen ihre Hand auf Marokko legen, so haben sie sich zu ihrem Schaden gründlich getäuscht. In den Straßen von Fez selbst mußten sie sich den Weg mit dem Bajonett bahnen und vor den Mauern der Stadt prasselt seit Wochen schon das Kleingewehrfeuer und heulen die Feldgeschütze und, Welle auf Welle, entsendet die Wüste immer neue Reiterscharen von Berbern, deren stürmischer Elan sich kaum an den französischen Verteidigungsstellungen bricht. Von heute auf morgen können die fanatischen Angreifer wieder im Besitz ganzer Stadtteile sein, da die Truppen Liauteys verhältnismäßig schwach sind, und wenn sie wirklich von einer erdrückenden Mehrzahl überrannt werden sollten, dürfte ein Blutbad anheben, das sehr vielen Franzosen den Geschmack an dieser „Blüte im Kranze französischer Kolonien“ gründlich verderben wird.

Aber das ist erst der Anfang! Selbst mit dem unbestrittenen Besitz von Fez und Marrakesch sind die Franzosen so wenig Herren des Landes wie die Italiener mit Tripolis und Benghasi Tripolitanien beherrschen. Marokko hat aufgehört, eine politische Frage zu sein, dafür ist es für die Franzosen zu einer militärischen Frage allerbrenzlichsten Grades geworden. Die Macht der Sultane über die vielen mehr oder minder unbotmäßigen Stämme Marokkos hielt sich immer in sehr bescheidenen Grenzen, und was den eingeborenen Herrschern unmöglich war, die Halbwilden des Innern zu bändigen, wird den fremden Herrschern erst recht nicht möglich sein. Vier Stämme gibt es, die Scheraga, Scherarda, Waja und Bukhari, die dem Sultan unterwürfig waren und zu ihm etwa im Verhältnis militärischer Kolonisten standen: zur Pacht und mit der Zeit auch zum erblichen Besitz erhielten sie Land von ihm und leisteten dafür Kriegsdienste. Wenn die Wandlung der Dinge diese Elitekrieger von ihrer Scholle vertreibt, denn selbstverständlich soll der französische Pflug Marokkos Erde umwenden, dann werden sie die ersten sein, die zu den Waffen greifen. Weit zahlreicher aber sind die Stämme, die sich bislang ihre Unabhängigkeit bewahrt haben. Schon zur Zeit der Sultansherrschaft war ihr stetes Weh und Ach das Weh und Ach aller halbnomadischen und halbwilden Völker, die irgendwie in ein Staatsgefüge eingepaßt werden sollen: sie weigerten sich, Steuern zu zahlen — zum großen Teil, weil sie arme Teufel waren — und Rekruten zu stellen. Wenn nun die französischen Steuereintreiber und Militärkommissionen erscheinen, um ihr Handwerk auszuüben, dann werden sie ebenso munter mit Flintenschüssen begrüßt werden wie die der Abdul Asis und Muley Hafid und wie die Sultane Marokkos alle hießen. Derart wird Marokko für Jahrzehnte hinaus ein Herd nie erlöschender Aufstände sein, denn mit aller Übermacht ihrer Taktik und Technik wird es den Franzosen nicht gelingen, die Araber und Berber des Landes dauernd zu zähmen.

Solange die Kämpfe sich in der Ebene abspielen, mag's noch hingehen, obwohl die Schlachten vor Fez dartun, daß es sich auch hier nicht um Spielerei handelt. Aber in der Ebene kann das überlegene Geschützfeuer der Europäer voll zur Geltung kommen, dem die Afrikaner nichts Gleichwertiges entgegenzustellen haben. Allein die in der Ebene geschlagenen Stämme werden sich flugs in den Atlas zurückziehen, der seine Ausläufer bis in die Nähe von Fez entsendet, und ein Gebirgskrieg in diesem Gelände hat seine Rücken und Tücken, und es gibt Sachkenner, die glauben, daß selbst das wohlhabende Frankreich finanziell auf die Dauer einem solchen Kleinkrieg im Gebirge nicht gewachsen wäre. Aber rein militärisch sind die Aussichten nicht minder ungünstig. „Niemals wird,“ schreibt der Oberstleutnant Hübner in seiner trefflichen militärischen Studie über Marokko, „eine mit dem Sultan im Krieg stehende Macht es wagen können, in das Innere des Landes vorzudringen, am allerwenigsten, solange sie sich weder auf Eisenbahnen, noch auf Straßen oder Schiffahrtswege stützen kann, an denen es bekanntlich noch heute im ganzen Scherifiat vollständig mangelt.“

Es ist nicht Schadenfreude, mit der die deutsche Sozialdemokratie diese Schwierigkeiten der französischen Machthaber betrachtet, denn schließlich sind es die Proletarier drüben, die, mit Opfern an Gut und an Blut, die marokkanische Suppe auslöffeln müssen, aber daran darf in diesem Zusammenhang erinnert werden, daß diese Entwicklung der Dinge von uns im vergangenen Jahre vorausgesagt worden ist. Wenn es 1911 nach den heißhungrigen alldeutschen Eroberungspolitikern gegangen wäre und ihre dreiste Losung: „Westmarokko deutsch!“ sich erfüllt hätte, dann wären es heute deutsche Volksgenossen, die man im marokkanischen Wüstensande einscharrte, und deutsche Mütter und Bräute würden angstvoll den Nachrichten entgegenharren, die übers Meer kommen, und nicht an Frankreichs, sondern an Deutschlands Halse wäre Marokko ein schwerer niederziehender Mühlstein. Man mag daran denken, wie die Sozialdemokratie wegen ihrer Haltung gehetzt und verleumdet, geschmäht und beschimpft wurde und wie der Vorwurf des planmäßigen Vaterlandsverrats noch lange nicht der schlimmste und der gelindeste der orthodox-marxistischen „Verranntheit“ war.

Und jetzt bestätigt sich aufs neue das gute alte Wort, daß es nur einen wirklich orthodoxen Marxisten gibt: nämlich die Weltgeschichte selber!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Kriegsminister v. Heeringen amtsmüde!

Die „Schlesische Volkszeitung“, das führende ultramontane Blatt Schlesiens, teilt mit, daß der Kriegsminister v. Heeringen nach den Herbstmanövern seinen Abschied einreichen wolle und sich dann in Wiesbaden niederzulassen gedenke.

Diese Kunde dürfte stimmen, sie kommt auch nicht überraschend. Als sich aus Anlaß der Duelldebatte im Reichstag der Zusammenstoß mit dem Zentrum abspielte, konnte es als ausgemachte Sache angesehen werden, daß die Tage des Herrn v. Heeringen als gezählt zu betrachten seien. Natürlich konnte kein Mensch erwarten, daß der Kriegsminister sofort seinen Abschied verlangen und erhalten werde. Das hätte als eine Konzession an das parlamentarische Regime gedeutet werden können, deshalb mußte man einige Zeit verstreichen lassen und der Herbst, der stets eine ganze Umwälzung im Offizierkorps bringt, ist sicher der sehr geeignete Moment auch für den Kriegsminister, aus seiner Laufbahn auszuschalten. Herrn v. Heeringen fehlte die parlamentarische Routine und die diplomatische Gerissenheit, die seinem Vorgänger in so hohem Maße zu eigen war. Übrigens ist es an sich sehr gleichgültig, ob Heeringen geht oder nicht, denn am System wird dadurch nichts geändert, der Schwerpunkt liegt beim Militärkabinett, einer militärischen Nebenregierung, und der Kriegsminister hat eigentlich nur die Aufgabe, vor dem Parlament zu vertreten, was die unverantwortlichen Herren im Militärkabinett ausgeheckt haben.

Eine Verlegenheit des kommunalen Freisinns.

Bekanntlich weilt augenblicklich eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten von Berlin zu Besuch in Wien. Die dortige Stadtvertretung ist stramm christlich-sozial und da sich die Wiener liberale und freisinnige Presse bei den letzten Gemeindewahlen immerhin zu einiger Energie gegenüber den Christlich-sozialen aufgerafft hat, haben die Machthaber der Stadtverwaltung gegenüber der bisherigen Gepflogenheit die Wiener freisinnige Presse von den Empfangsfeierlichkeiten zu Ehren der Berliner und von dem Festbankett im Rathause ausgeschlossen. Für die Berliner Freisinnsmänner dürfte das eine etwas unangenehme Situation sein.

Der Werdegang eines Kolonialbeamten.

Der Petitionskommission des Reichstags lag die Petition einer Frau Rabe vor, die für ihren Mann den Titel eines Kaiserlichen Bezirksamtmannes und die Verleihung des roten Adlerordens 4. Klasse mit Schwertern am schwarz-weißen Bande verlangte; außerdem beanspruchte sie für ihren Mann 3700 Mk. Pension, 1200 Mk. jährlich Kriegszulage und 900 Mk. jährlich Pensionszulage, in Summa also: 5800 Mk. pro Jahr. Für sich selbst beanspruchte sie eine einmalige Entschädigung von 10 000 Mk. Und das alles, weil ihr Mann 17 Monate im Kolonialdienst beschäftigt war, dann nicht mehr weiter verwendet, sondern zur Verfügung des preußischen Ministers des Innern gestellt wurde, und weil er sich bei der Revision eines Dampfers den Fuß verletzt hatte. Für letzteren Unfall hat das Gericht obendrein die Ostafrika-Linie als haftbar erklärt. Die Forderung der Kriegszulage wurde von der Petentin damit begründet, daß Swakopmund unter der Militärdiktatur stand, als ihr Mann sich auf dem Schiffe den Fuß verstauchte und daß somit ein Unfall vorliege, der im Kriege passiert sei. Wer ist nun dieser kostbare Beamte? Der soeben erschienene

Bericht der Petitionskommission gibt darüber folgenden Aufschluß:

„Franz Rabe, geboren 24. Juli 1870, von 1892 bis 1897 aktiver Leutnant, wurde durch Urteil des Militärrevisionsgerichts in Stuttgart vom 19. März 1897 wegen Mißbrauch der Dienstgewalt, verübt durch mehrfaches Schlagen Untergebener zum Teil unter körperlicher Mißhandlung derselben und Mißbrauch der Dienstwaffe, sowie durch vorschriftswidrige Behandlung und Beleidigung Untergebener, ferner wegen eines Vergehens der vorsätzlichen unrichtigen Abstattung eines dienstlichen Berichts in minderschwerem Falle zur Dienstentlassung und zu vier Monaten acht Tagen Festungshaft verurteilt. Die Ehrenstrafe der Dienstentlassung wurde später im Gnadenwege aufgehoben. Rabe wurde in die Kategorie der auf eigenes Ansuchen verabschiedeten Offiziere versetzt. Von 1899 ab war er Polizeikommissar in Hannover."

So weit der amtliche Bericht, aus dem man erfährt, daß ein in Württemberg wegen Soldatenquälerei aus dem Heere entfernter Offizier in Preußen königlicher Polizeikommissar werden konnte. Rabe suchte dann im Kolonialdienst unter zu kommen, wurde fünfmal abgewiesen, auf ein sechstes Gesuch hin aber, und zwar auf Empfehlung des damaligen Gouverneurs v. Lindequist, angenommen. Mit einem Anfangsgehalt von 6900 Mk. wurde er dem Bezirksamt Swakopmund als Hilfsarbeiter überwiesen. Dort benahm er sich so, daß er mehrmals verwarnt und auch bestraft werden mußte, und als er krankheitshalber nach der Heimat zu reisen genötigt war, bat der Gouverneur v. Lindequist das Reichskolonialamt dringend, den Rabe nicht wieder hinauszusenden. Rabe bezog dann in der Heimat zuerst sein Kolonialgehalt von 6900 Mk., dann längere Zeit eine Remuneration von 3300 Mk. pro Jahr; gleichzeitig versuchte er und seine Frau vom Reichskolonialamt noch besondere Unterstützungen zu erlangen, lehnten es aber ab, den Nachweis zu erbringen, daß sie wirklich einer Unterstützung bedürftig waren. Das Kolonialamt hat dem Rabe schließlich eine Pension von 2004 Mk. und eine Pensionszulage von 900 Mk., insgesamt also pro Jahr 2904 Mk. gewährt.

Die Petitionskommission lehnte die Zumutungen, die in der Petition gestellt worden waren, einstimmig ab.

Das System Hertling vor dem bayerischen Reichsrat.

Im bayerischen Reichsrat wurden am Donnerstag die allgemeinen Unterhaltungen über die Politik des Ministeriums Hertling gepflogen. Im Ausschuß des Reichsrats hatte Graf Toerring die Opposition vertreten, und ein Antrag, der Regierung das Vertrauen auszusprechen, hatte im Ausschuß keine Annahme gefunden. Für die Plenarsitzung hatte sich jedoch der Kampfrufer Graf Toerring entschuldigen lassen und die sehr gezähmte Opposition fand nur in dem früheren Ministerpräsidenten Grafen Crailsheim Ausdruck. Ein Vertrauensvotum für die Regierung wurde nicht mehr beantragt, kam also auch nicht zustande. Der Ministerpräsident v. Hertling wiederholte seine Programmrede, die er im andern Hause gehalten hatte und erläuterte sie im einzelnen. Im Mittelpunkt der Betrachtungen Hertlings, wie der Debatte der hohen Herren überhaupt stand der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die „modernen" Gesetzgeber vergnügten sich damit, der Sozialdemokratie die Gleichberechtigung und die Existenzberechtigung abzusprechen. Aber was gegen die Sozialdemokratie geschehen soll, wußte niemand. Man beschränkte sich immer wieder auf die Forderung, daß kein Beamter Sozialdemokrat werden dürfe. Sonst empfahl der Ministerpräsident noch die Unterstützung der anderen Arbeiterorganisationen. Graf Preising widmete den Betrachtungen, die Graf Toerring im Ausschuß über die Notwendigkeit des parlamentarischen Systems zum besten gegeben hatte, eine stachlige Kritik. Graf Toerring habe gemeint, daß der Übergang zum parlamentarischen System, also die Beschränkung der Kronrechte, geeignet sei, die unhaltbaren Zustände im Reich und in Bayern zu bessern. Durch diese Bemerkung habe Graf Toerring, der Schwager des künftigen Thronfolgers, auf die Monarchisten desorientierend gewirkt und drohend kündigte Graf Preising der Monarchie den Monarchistenstreik an, indem er bemerkte, der Schutz der monarchischen Rechte habe zur Voraussetzung, daß die Berechtigten selbst weder auf ihre Rechte verzichten noch auf sie zu verzichten scheinen. — Im übrigen unterhielt sich der Reichsrat über das Christentum und den Jesuitenerlaß. Der Erzbischof von München forderte die Beseitigung des Jesuitengesetzes, zum mindesten aber eine Auslegung des Gesetzes, die den Jesuiten freie geistige Betätigung gestatte, wie sie jedem Atheisten gewährt werde.

Preußens Mission.

„Was ist uns Preußen?" ruft die „Konservative Korrespondenz" (Nr. 43 vom 29. Mai) aus. Und die Antwort lautet: Preußen ist Schutzwall gegen die Sozialdemokratie! Aber nur solange das Klassenwahlrecht besteht:

„Die weitere Entwicklung Deutschlands auf dem Gebiete der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung hängt mit dem bedrohlichen Anwachsen des sozialistischen Fremdkörpers in seinem Volksorganismus so eng zusammen, daß eine Vertrauensseligkeit sondergleichen dazu gehört, beim Anmarsch der sozialrevolutionären Heerscharen diesen gegenüber zum Quartiermacher sich herzugeben. Man mag daher die Reform des preußischen Wahlrechts als eine dringende Notwendigkeit erachten, mag die Verwirklichung der liberalen Wahlrechtswünsche noch so wohlwollend aufnehmen, die zeitgeschichtlichen Verhältnisse nötigen zum Einhalten einer Marschlinie, die weniger denn je auf die schiefe Ebene schwächlicher Nachgiebigkeit führen darf. . . . Das letzte Bollwerk gegen die mit der roten Flut anschwellenden innerpolitischen Gefahren der Sozialdemokratisierung würde preisgegeben werden, wenn die preußischen Staatsleiter durch Nivellierung des Wahlrechts nach fortschrittlich-demokratischem Muster die mittelständischen Elemente dem Schicksal allmählicher Erdrosselung überlassen würden."

Dagegen wollen sich die Konservativen mit allen Kräften wehren. Die Mission Preußens besteht in dem zähen Festhalten an „preußischer Staatskunst", eine Staatskunst, die so vorteilhaft und wertvoll für die Junker ist, daß sie ein Recht haben, auszurufen: Dieses Preußen ist uns alles!

Auch das noch!

Nicht nur, daß der Papst sich geradezu demonstrativ auf die Seite der katholischen Fachabteiler gestellt hat, die im schärfsten Gegensatz zu den katholischen Gewerkschaften stehen, ist nun auch noch der Reichstagsabgeordnete Graf Oppersdorff vom Papst in längerer Audienz empfangen worden. Dieser Empfang ist eine Demonstration gegen die Zentrumsfraktion des Reichstages, die es abgelehnt hat, den Grafen als Mitglied aufzunehmen. Das offizielle Zentrum hat jetzt böse Tage, seit Freiherr v. Hertling nicht mehr als Mittler zwischen der Partei und dem Vatikan tätig sein kann.

Pensionäre in privaten Diensten.

Der frühere Gouverneur von Kiautschou, Admiral v. Truppel, tritt nach einer Meldung des „Hamburg. Korrespondent" an die Spitze des Sicherheitsdienstes der Hamburg-Amerika-Linie. Vor einigen Wochen erst ist im Reichstage gerügt worden, daß sich Offiziere pensionieren lassen, um dann gutbezahlte und vielfach recht arbeitsreiche Stellen in der Privat-Industrie zu übernehmen. Die Mehrheit des Reichstages steht unbedingt auf dem Standpunkt, daß ein Offizier seine Pension zu Unrecht bezieht, wenn er noch in der Lage ist, eine solche Stellung bekleiden zu können. Wenn es den Tatsachen entspricht, daß Admiral v. Truppel in den Dienst der Hamburg-Amerika-Linie tritt, dann liegt hier ein besonders krasser Fall vor. Der Admiral ist zur Disposition gestellt worden und bezieht nun eine Pension von etwa **15 000 Mark pro Jahr.** Da man nicht annehmen kann, daß die Hamburg-Amerika-Linie einen in seiner Arbeitsfähigkeit beschränkten Mann auf eine so wichtige Stelle berufen wird, ergibt sich von selbst die Schlußfolgerung, daß der Admiral noch im Vollbesitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte ist. Dann aber durfte er noch nicht pensioniert werden. Das ganze Verfahren, wie es heute üblich ist, muß als ein Unfug sondergleichen bezeichnet werden, der obendrein den Steuerzahlern enorme Summen kostet.

Der Wahlschwindel in Schwetz.

Gegenwärtig findet vor dem Landgericht in Graudenz der Schwurgerichtsprozeß gegen jene polnischen Demonstranten statt, die wegen Beteiligung an den sogenannten Wahlkrawallen am Stichwahltage in Schwetz verhaftet und des Aufruhrs angeklagt wurden. Natürlich bildet in diesem Prozeß die Frage, wieso der deutsche Kandidat, Landrat v. Halem, gewählt wurde, die Hauptrolle. Am Freitag wurde nun der Kreissyndikus Martini als Zeuge vernommen. Er suchte selbstverständlich durch die Berufung auf das Amtsgeheimnis, das immer dann hervortritt, wenn es gilt, merkwürdige Handlungen der Behörden zu verdecken, sich von der Zeugenpflicht möglichst zu befreien. Indessen gelang das nur zu einem sehr geringen Teil, und so wurde festgestellt, daß in der Tat dem polnischen Kandidaten v. Saß-Jaworski über 700 Stimmen für ungültig erklärt wurden, davon 680 nur deshalb, weil der Name des polnischen Kandidaten nur mit einem ſ geschrieben war und weil er auf den Stimmzetteln als Abgeordneter bezeichnet war; indessen ist der polnische Kandidat tatsächlich preußischer Landtagsabgeordneter. Martini mußte selbst zugeben, daß, wenn diese Massenungültigkeitserklärung polnischer Stimmzettel nicht stattgefunden hätte, der Pole gewählt gewesen wäre. Nach eingeholter Genehmigung zur Aussage erklärte der Zeuge, das Landratsamt hätte keine solche Anweisungen an die Wahlvorsteher gegeben. Weiter wurde festgestellt, daß Martini im Kreisautomobil Wahlreisen im Interesse des Landrats unternommen hat. Auf die Frage, ob er für den deutschen Gegenprotest gegen den polnischen Wahlprotest amtliches Materiat geliefert habe, verweigerte er die Aussage; keine Antwort ist auch eine Antwort. Er konnte auch nicht bestreiten, daß in 24 Wahlbezirken sämtliche polnischen Stimmen ohne Prüfung für ungültig erklärt wurden und daß in dem Dorfe Suchau einfach sämtliche abgegebenen Stimmen kassiert wurden. So wurde der Landrat v. Halem in seinem eigenen Verwaltungsbezirke „gewählt"!

Das Ministerium Hertling als Handlanger des Kapitalismus.

Die privatkapitalistischen Tendenzen des klerikalen Ministeriums Hertling kamen am Freitag zum entscheidenden Ausdruck. Die vorige Regierung hatte große Pläne staatlicher Elektrisierung der Wasserkräfte ausgearbeitet und eines dieser Projekte, die Ausbeutung der Wasserkräfte des Walchensees, gelangte im Landtage zur Annahme. Unter dem neuen Ministerium begann die kapitalistische Opposition gegen das Projekt, das hauptsächlich den Zweck verfolgte, für die Elektrisierung der Bahn die Kräfte zu spenden und durch Fernleitungen die nordbayerische Industrie mit elektrischem Strom zu versorgen. Im Reichsrat interpellierte am Freitag Graf Moy über das Walchenseeprojekt. Er hält es für wertlos. Darauf erklärte der neue Verkehrsminister, man halte an dem Projekt fest, aber auf die Elektrisierung der Bahn müsse man vorläufig verzichten, und auch das Walchenseeprojekt bedürfe erst einer sorgfältigen Nachprüfung und Umarbeitung. Bevor diese Vorprüfung nicht erledigt sei, könnte man mit dem Bau des Werkes nicht beginnen. Ein Mitglied des Reichsrats, ein Großbankier, der sich gegen jede staatliche Versorgung mit Elektrizität wandte, begrüßte darauf die Erklärungen des Ministers, indem er scharfsinnig in der Form der Verschleppung des Projekts die Absicht der endgültigen Verhinderung erkannte. In der Tat ist es die Absicht der Regierung, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zunächst die Industrie Nordbayerns auszuliefern, um dann auf die staatliche Elektrisierung überhaupt als nicht mehr lohnend zu verzichten.

Belgien.

Am Tage vor der Entscheidung. Am morgigen Sonntag finden in Belgien die Kammer- und Senatswahlen statt, nachdem die Parlamente aufgelöst worden sind. Der Kampf wird ein sehr heißer werden. Er richtet sich gegen die Klerikalen, die seit 28 Jahren im Besitz der Macht gewesen sind und deren Herrschaft es jetzt zu brechen gilt. Die Zweite belgische Kammer bestand zuletzt aus 86 Klerikalen, 44 Liberalen, 34 Sozialdemokraten und 1 katholischen Demokraten, der Senat aus 63 Klerikalen, 38 Liberalen, 8 Sozialdemokraten und 1 unabhängigen Katholiken. Hoffentlich zeigt das belgische Volk morgen, daß es sich nicht länger mehr von den Klerikalen am Gängelband führen lassen will.

Marokko.

Die Lage gestaltet sich für die Franzosen immer ernster. Nach einer Meldung sind die Franzosen in Fez eingeschlossen, nach einer andern Nachricht soll es den Berbern sogar nach furchtbarem Kampfe gelungen sein, Fez zu nehmen. Eine Bestätigung der einen oder anderen Nachricht liegt nicht vor. — Der Ernst der Lage geht daraus hervor, daß die Stämme den Heiligen Krieg proklamiert haben. Die betreffende Meldung besagt: Die Führer der Aufständischen haben an alle sich noch ruhig verhaltenden Stämme einen Aufruf gerichtet, in dem diese zum Heiligen Krieg aufgefordert und mit Plünderungen bedroht werden, falls sie sich dem Aufstand nicht anschließen. Dieser Aufruf hat sich als sehr wirksam erwiesen und vier große Stämme, die den Franzosen bisher treu geblieben waren, haben nunmehr die Reihen der Aufständischen verstärkt. Von den Vertretern einiger Stämme wurde erklärt, daß sie notgedrungen die Franzosen bekämpfen müßten, da diese nicht imstande seien, sie gegen die von den aufrührerischen Harkas angedrohten Plünderungen und Niedermetzelungen zu schützen. Der Heilige Krieg wird überall unter Vorantragung der Fahne der Brüderschaft des Marabut Mulay Idriß gepredigt, die von den Aufrührern in der Nacht vom 26. d. M. vom Grabe dieses Marabut weggenommen worden war. Die unter solchen Umständen eroberte Fahne soll in den Augen der Muselmanen eine besondere Bedeutung besitzen und auch die Zaghaftesten fanatisieren.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 1. Juni.

Die Frist zur Ablieferung der Tagegelder für den Maifonds läuft am 3. Juni ab. Wir erinnern nochmals an die Parteitagsbeschlüsse von Nürnberg, Leipzig und Jena, wonach alle Genossen, die am 1. Mai feiern ohne Lohnverlust zu erleiden, verpflichtet sind, einen Tagesarbeitsverdienst an den Maifonds abzuführen. Gegen Genossen, die dem zuwiderhandeln, kann das Ausschlußverfahren eingeleitet werden. Wir ersuchen darum alle Genossen, die noch nicht ablieferten, ihren Verpflichtungen nachzukommen und den Betrag im Parteisekretariat abzuliefern.

Was Deutschland für Fische ausgibt. Die Fischerei hat sich in Deutschland während der letzten Jahrzehnte sehr gehoben, und zwar hat sowohl die Fischzucht und Süßwasserfischerei, als auch die Seefischerei einen erheblichen Anteil an diesem Fortschritt. Dennoch wird in jedem Jahr von Deutschland eine erstaunliche Summe für Fische und andere Seetiere an das Ausland bezahlt. Nach einer in der „Allgemeinen Fischerei-Zeitung" veröffentlichten Statistik betrug sie im vorigen Jahre 118 Millionen Mark. Allerdings findet auch eine Ausfuhr von Fischereierzeugnissen statt, die sich aber nur auf 11 Millionen bewertet. Obgleich namentlich die deutsche Heringsfischerei recht gute Erträgnisse gehabt hat, wurden im vorigen Jahre noch für mehr als zwanzig Millionen Mark frische Heringe und Sprotten, und für mehr als 36½ Millionen Mark gesalzene Heringe aus dem Auslande bezogen. Den nächstgrößten Posten nahmen andere Seefische in frischem Zustande mit über 18 Millionen Mark ein. Der durch die Fleischteuerung gesteigerte Konsum von Seefischen durch die ärmere Bevölkerung findet in diesen Zahlen seinen Ausdruck. Dem Werte nach steht an der nächsten Stelle das größte Luxuserzeugnis der Fischerei, der Kaviar, mit fast 9¾ Millionen Mark.

Da ist es auch interessant, was im Laufe einer Woche an einem Fischmarkt umgesetzt wird. In Geestemünde z. B. liefen in der verflossenen Woche im ganzen 62 Dampfer mit Fängen in den Hafen ein, darunter 13 von Island, 6 von Sylt, 3 von der Schlickbank, 1 von Amrumbank, 2 von Helgoland, 4 aus dem Moray Firth, 8 aus dem Skagerrak, 5 von der Großen Fischerbank, 1 von Hirtshals, 1 von Norderney, 1 von der Jubileebank, 1 von Faröer, 1 von Texel, 1 von Fladen-Grund und 1 von Wangeroog. Von Island wurden in 17—20tägigen Reisen 60 712 bis 115 310 Pfund Fische angebracht. Die Nordseedampfer brachten in 5—12tägigen Reisen 6547 bis 27 816 Pfund Fische an den Markt. An Segelfahrzeugen brachten fünf Hamburg-Finkenwärder Ewer 6041 Pfund Fische an den Markt und lösten dafür 1686 Mk. 208 Flußfischereifahrzeuge erzielten für 16 645 Pfund Fische einen Erlös von 5067 Mk. An Einsendungen kamen 1765 Pfund vom Inlande zu 1839 Mk. Erlös, 517 Pfund vom Auslande zu 629 Mk. Erlös und 2011 Pfund von Hamburger Firmen zu Mk. 1235 Erlös zur Auktion. Die Islanddampfer erzielten Erlöse von Mk. 2763 bis Mk. 951, die Nordseedampfer Mk. 894 bis Mk. 2620. Der Gesamtumsatz in den Auktionen betrug 1 852 564 Pfund, der Erlös Mk. 145 646. Demnach erzielten die Fischer, die jedesmal, bei jedem Fischzug, ihr Leben einsetzten, 7,8 Pfennig pro Pfund. Die Hamburg-Finkenwärder Fischer bekamen gar nur 2,8 Pfennig pro Pfund. Damit vergleiche man einmal die Preise, die man in den Fischgeschäften bezahlen muß. Es ist eine unerhörte Ausbeutung der fischkonsumierenden Bevölkerung, wenn sie, wie das jetzt der Fall ist, das zehn- und fünfzehnfache dessen bezahlen muß, was die armen Fischer erzielen.

Arbeiterrisiko. Am 30. Mai, vormittags zwischen 11 und 12 Uhr verunglückte auf der Hobelanstalt der Firma Havemann u. Sohn der Arbeiter Christian Siems, wohnhaft Ratekau, dadurch, daß er durch einen heranfahrenden Kipperzug gegen einen Stapel Bretter gedrückt wurde und sich mehrere Rippen- und Schulterquetschungen zuzog, sodaß er mittelst Droschke nach seiner Wohnung befördert werden mußte.

Handelsregister. Am 31. Mai 1912 ist eingetragen bei der Kommanditgesellschaft in Firma Walter Müller u. Co. in Lübeck. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. — Am 31. Mai 1912 ist eingetragen bei der

offenen Handelsgesellschaft in Firma Heinr. Pagels in Lübeck: Der Kaufmann J. F. H. Pagels ist am 12. März 1912 gestorben. Die Gesellschaft wird laut Gesellschaftsvertrag von dem überlebenden Gesellschafter Chr. G. Chr. Pagels mit den Kaufleuten: a. H. L. F. Pagels, b. F. J. W. Pagels, beide in Lübeck, als persönlich haftende Gesellschafter fortgesetzt.

Esperanto. Vom Arbeiter-Esperantisten-Bund, Ortsgruppe Lübeck, wird uns geschrieben: Heute, am Tage des 25jährigen Jubiläums der Welthilfssprache „Esperanto", ist es wohl angebracht, einen Überblick zu geben über die bisherige Verbreitung und Entwickelung der Sprache und den besten Gradmesser dafür, ihre Literatur. In den ersten Jahren verbreitete sich Esperanto kaum über Rußland hinaus. Einige Anhänger fanden sich in Schweden und Österreich. In Deutschland waren es besonders zwei eifrige Esperantisten, Einstein und Trompeter, welche erfolgreiche Propaganda betrieben. Leider geriet durch den frühen Tod beider die Bewegung ins Stocken. In Frankreich begann Esperanto seit 1900 große Fortschritte zu machen, besonders da sich die Gelehrtenwelt sehr günstig gesinnt zeigte, sodaß von hier aus die Bewegung sich allmählich über ganz Europa ausdehnte. In England wurde 1902 die erste Gruppe gegründet. Eine besondere Unterstützung fand dort Esperanto durch den bekannten Journalisten und Friedensfreund W. Stead, welcher leider bei der Titanic-Katastrophe ums Leben kam. In Deutschland entstand erst 1903 die erste Esperantogruppe; doch infolge der erwiesenen Brauchbarkeit der Sprache wuchs die Zahl der Vereine ständig. 1904 waren es 9, 1905 noch 16, während jetzt ca. 250 Gruppen bei uns bestehen. Im ganzen gibt es heute in den Kulturländern der Erde über 2000 Esperantogesellschaften, außerdem natürlich eine Unzahl von Einzelpersonen, welche Esperanto gebrauchen. Mit dieser Entwickelung hat auch die Literatur Schritt gehalten. Es gibt jetzt 294 Zeitungen, von welchen 125 regelmäßig, meist monatlich, aber auch wöchentlich, erscheinen, während die übrige Literatur ca. 2500 Bände umfaßt, nebst Lehr- und Wörterbüchern, aus welchen in 47 Sprachen übersetzt ist. Nicht nur Unterhaltungs-Lektüre findet man hier, sondern auch wissenschaftliche Abhandlungen und Zeitschriften, von den letzteren medizinische, pädagogische, auch religiöse und viele Fachzeitschriften. Wie brauchbar die Sprache auch für die Wissenschaft ist, beweist, daß beim internationalen Ärzte-Kongreß, Budapest 1909, Esperanto als Verhandlungssprache zugelassen war. Es wurden 3 Referate in Esperanto gehalten, gegen 200 esperantistische Ärzte waren zugegen. Zahllos sind die Firmen, welche Esperanto-Korrespondenz angenommen haben, in Dresden über 160; Kataloge werden herausgegeben und Städteführer. Auch zur Ausbreitung des Sozialismus dient Esperanto; als umfangreichste und älteste Zeitung erscheint im 6. Jahrgang eie „Internacia Socia Revuo" in Amsterdam, andere in Frankreich, Österreich, Deutschland. Es liegt auf der Hand, daß eine Bewegung mit solchem Wachstum in absehbarer Zeit die ihr gebührende Stellung einnehmen wird, und die Arbeiterschaft sollte es sich nicht nehmen lassen, auch ihrerseits aus dieser so leicht erlernbaren, wohlklingenden Sprache Nutzen zu ziehen durch Erlernung derselben.

Die Straßenbahn wird morgen, Sonntag, den Betrieb auf der Strecke nach Israelsdorf bis 2 Uhr nachts ausdehnen.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 31. Mai, morgens 6 Uhr: Wasser 13, Luft 11, morgens 10 Uhr: Wasser 13, Luft 11½; mittags 12 Uhr: Wasser 13½, Luft 12; abends 6 Uhr: Wasser 13½, Luft 13 Grad Celsius.

Der Zirkus Sarrasani gab gestern abend seine erste Vorstellung in Lübeck. Eine Riesen-Reklame, wie man sie hierorts wohl noch nicht erlebt hat, hatte auf dieses Ereignis vorbereitet und zu Tausenden war das Publikum herbeigeströmt, das den weiten Raum dicht gefüllt hielt, um der Premiere beizuwohnen. Und die Erwartungen, die sicherlich bei allen Erschienenen sehr hoch gespannt waren, wurden nicht nur nicht enttäuscht, sondern womöglich noch übertroffen. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß der Zirkus Sarrasani alle derartigen und ähnlichen Unternehmungen, die hier in Lübeck ihre Künste gezeigt haben — und es waren gewiß erstklassige darunter — in jeder Beziehung in den Schatten stellt. Jede einzelne Programmnummer scheint das Vollkommenste zu sein, was auf dem betreffenden Gebiete gezeigt werden kann. Nach einer Vorstellung des gesamten Künstlerpersonals führte zunächst Direktor Stosch-Sarrasani einige vorzügliche Pferdedressuren vor, die sowohl infolge ihrer exakten Ausführung als auch wegen des ausgezeichneten Pferdematerials, das zur Verwendung gelangte, allseitigen lebhaften Beifall fand. Frau Stosch-Sarrasani muß man für ihre auf gleichem Felde liegenden hervorragenden Darbietungen ebenfalls volle Anerkennung zollen. Geschmeidige Reiter und graziöse Reiterinnen bringen die hohe Reitkunst zu Ehren. Bewunderung erregten die einzig dastehenden Tierdressuren. Die Seelöwen des Kapitän Bilyk, die scheinbar so plump sind, produzierten sich als außerordentlich gewandte und eifrige Jongleure, denen man auch so etwas wie Humor beigebracht hat. Die aus Prachtexemplaren bestehende Löwengruppe, welche der Dompteur Haupt vorführt, zeigen sich als gelehrige und durchweg fügsame Schüler ihres Meisters, wenn einzelne ihrer bemähnten Mitglieder auch von Zeit zu Zeit drohend ihre gewaltigen Zähne fletschen und nur murrend dem Gebot ihres Herrn folgten. Plumper als die Wüstenkönige aber noch intelligenter als diese sind die 10 Elefanten, die Direktor Stosch-Sarrasani vorführt. Die gewaltigen Tiere mit den gutmütigen Augen vollführen die von ihnen verlangten Übungen beinahe graziös, soweit sich das mit ihren riesigen Körperformen vereinbaren läßt. Dressierte Kamele waren jedenfalls in Lübeck noch nicht zu sehen. Die unter der Fürsorge des Herrn Rieffenbach stehenden acht persischen Höckerträger lieferten den Beweis dafür, daß die Bezeichnung Kamel noch lange nicht den Begriff der Dummheit in sich zu schließen braucht. Mehrere schlanke Zebras und ein Zebroid — eine Kreuzung von Zebra und Pferd — hatten den bekannten störrischen Sinn ihrer Gattung abgelegt und erwiesen sich als folgsame und geschickte Schüler ihres Lehrers. Viele Heiterkeit erregte das boxende Känguruh Piefke, das nach einem komischen Kampf einen drolligen Clown in den Sand streckte. International wie die Tiere, die im Zirkus Sarrasani auftreten sind auch die zweibeinigen Künstler, die dort mitwirken. Da ist zunächst die chinesische Lio-Hoi-Tsehn-Truppe, die als Gaukler, Akrobaten, Jongleure und Springer vor allem Eigenartiges bringen und ihre vielfach verblüffenden Produktionen elegant und sicher ausführen. Das gleiche kann von der japanischen Jokoda-Truppe gesagt werden, die ebenfalls ganz Besonderes bietet. Nordafrikanische Eingeborene in malerischer Tracht leisten als Pyramiden-Akrobaten, Gewehr-Jongleure und fabelhaft gewandte Springer nicht minder Vollkommenes als ihre Kollegen aus dem fernen Osten. Daß diesen hervorragenden farbigen Artisten die weißen nicht nachstehen, zeigten „Die Könige der Luft", die als Turner am hohen Reck ihre halsbrecherischen Künste, die eine leichte Gänsehaut hervorzurufen geeignet sind, mit staunenerregender Sicherheit ausführen. Am Schlusse der Vorstellung arbeiten vor dem Zirkus in schwindelnder Höhe auf schwankendem Mast beim Licht der Scheinwerfer die Adones Brothers. Zahlreiche Clowns sorgen für die Erheiterung des Publikums. Zwei Musikkapellen lassen abwechselnd ihre Weisen ertönen. Daß unter solchen Umständen sowohl die treffliche Organisation des ganzen Unternehmens, die Eleganz der Aufmachung als auch vor allem die Leistungen der Künstler gestern nur eine Stimme des Lobes fanden, braucht nicht erst besonders erwähnt zu werden.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurden: Ein Arbeiter von hier, der seitens des Amtsgerichts Köln steckbrieflich verfolgt wurde und ein Arbeiter aus Haxtum wegen Diebstahls eines Anzuges; ferner sechs hier wohnhafte Arbeiter, die fortgesetzt Diebstähle von Getreide in einem hiesigen Getreidegeschäft ausgeführt hatten.

pb. **Fahraddiebstähle.** Am 30. 5. cr. abends gegen 10 Uhr ist vom Flur eines Hauses der Percevalstraße ein Fahrrad gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell und Felgen, Freilauf mit Rücktrittbremse. Die Marke des Rades ist „Walküre" und die Polizeinummer 1381. Am 31. 5. cr. ist aus dem Vorgarten eines Hauses der Gertrudenstraße ein fast neues Fahrrad, Marke „Schnell" gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell und Felgen, nach oben gebogene Lenkstange. An der linken Seite der Lenkstange und der vorderen Gabel befinden sich ein Säbelhalter. Das Rad hat das Erkennungszeichen 1. B. Lübeck und die Fabriknummer 158 559.

Sarrasani wird in Lübeck eine Fülle von Veranstaltungen bringen, um das Bedürfnis nach zirzenischen Schauspielen zu decken. Der Sonnabend, der Sonntag und der Mittwoch wird je zwei Vorstellungen bringen, wobei die Nachmittagsvorstellungen ein vollkommen komplettes Abendprogramm liefern werden. Und am Sonntagvormittag gibt es noch dazu eine Tierschau, verbunden mit Doppelkonzert, zu dem populären Eintrittspreise von 20 Pfennigen für Erwachsene, von zehn Pfennigen für die Kinder, von elf bis zwölf Uhr ist zu diesem Zwecke der Zirkus mit allen seinen Anlagen geöffnet. Nachmittags zahlen bekanntlich Kinder auf allen Plätzen, Militärs bis zum Feldwebelgrade auf allen Sitzplätzen nur halbe Preise. Der Vorverkauf bei Röhrich in der Holstenstraße 2 verkauft die Billetts nur für die Abendvorstellungen. Die Billetts für die Nachmittagsvorstellungen sind dagegen im Vorverkauf an der Zirkuskasse zu haben. Diese ist während des ganzen Tages von 10 Uhr vormittags an geöffnet.

Hansatheater. Man schreibt uns: Das Intime Theater aus Hamburg, dem ein glänzender Ruf vorausgeht, gastiert ab 1. Juni auf kurze Zeit hier. Das Programm ist reichhaltig, vielseitig und für Lübeck etwas ganz Neues. Im bunten Teil ragt besonders die bildschöne, pikante Brettldiva Gretel Mayhof hervor, ferner das erstklassige Tänzerpaar Daisy und Pablo, sowie der Chansonier Lederer. Die Operette „Ramsenit" und der Eisenbahnschwank „Der Herr mit der grünen Krawatte" sind allerwärts bestbewährte Schlager und dürften auch hier sehr gefallen. Da die Preise trotz der großen Kosten dieses Gastspiels nicht erhöht sind, beeile sich jedermann, sich diese Darbietungen anzusehen. Es ist für jeden Geschmack Rechnung getragen.

Hamburg. Todessturz zweier Bauhandwerker von einem Neubau. Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am Freitag vormittag um 10¾ Uhr am Neubau von Stewmann u. Baar, Ecke Billstraße und Billhorner Deich. Der Bau ist bereits bis zum sechsten Stockwerk aufgeführt. Am Freitag vormittag waren Bauhandwerker damit beschäftigt, ein Auslegegerüst in der Höhe der fünften Etage zu verlegen. Hierbei geriet das Gerüst in ein schiefe Lage, wodurch zwei Männer, der Poßmoorweg 35 wohnende Zimmerarbeitsmann Kaminski und der im Breitengang 42 wohnende Zimmerer Otto Tack aus einer Höhe von 18 Meter in die Tiefe stürzten. Beide Männer erlitten schwere Verletzungen, sodaß sie besinnungslos vom Platz gebracht wurden. Kaminski starb bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus, während Tack, der mehrere Brüche, sowie schwere innere Verletzungen davongetragen hatte, schon auf dem Wege zum Krankenhause seinen Tod fand. Eine Untersuchung des Unfalles ist eingeleitet. Bei dem Unfall wurde die Feuerwehr um Hilfe ersucht. Wie es heißt, wollte Kaminski heute seine Mutter zur letzten Ruhe begleiten. Vor Niederlegung seiner Arbeit hatte er nur noch die Verlegung des Auslegegerüstes vornehmen wollen, bei der er seinen Tod fand.

Kiel. Differenzen im Baugewerbe. Wegen Einstellung eines früheren Arbeitswilligen, der als Denunziant eine üble Rolle gespielt hat und jetzt Polier werden sollte, legten auf dem Jaackschen Neubau in der Holtenauerstraße 30 Maurer und Hilfsarbeiter die Arbeit nieder. Daraufhin drohten die Unternehmer, unterstützt vom Arbeitgeberverband, mit allgemeiner Aussperrung der Bauarbeiter, falls bei Jaack nicht bis Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen würde. In letzter Stunde, am Donnerstag, fanden sich die Vertreter der Arbeiter, die Genossen Paeplow und Kober aus Hamburg und die Genossen Brodthuhn und Vogt, letzterer als Vorsitzender des Zweigvereins Kiel des Bauarbeiterverbandes einerseits, und Herr Frauen als Vertreter der Unternehmer anderseits im Rathause unter dem Vorsitz des Stadtrats Freyse zu einer Sitzung zusammen. Die Arbeitervertreter unternahmen den Versuch, den Nachweis zu erbringen, daß die Organisation der beteiligten Arbeiter die Arbeitseinstellung auf dem Jaackschen Neubau in der Holtenauerstraße nicht veranlaßt habe. Weiter wurde Frauen darauf aufmerksam gemacht, daß eine allgemeine Aussperrung weiter nichts als ein Kontraktbruch seitens der Unternehmer bedeute. Frauen erklärte jedoch, sich auf nichts einlassen zu können. Den Unternehmern sei es einerlei, ob ihre Handlungsweise als zu Recht oder zu Unrecht erachtet werde, ob ein Vertrag mit den Arbeitern abgeschlossen sei oder nicht. Dem Unternehmerverband komme es lediglich darauf an, daß der Jaacksche Bau von der Organisation der Arbeiter mit Arbeitskräften besetzt werde. Unter solchen Umständen war jeder Versuch vergeblich, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu erledigen. Selbst den Bemühungen des Stadtrats Freyse gelang es nicht, Herrn Frauen von dem Vorsatz auf Durchführung der von den Unternehmern angedrohten brutalen Gewaltmittel abzubringen. Die angedrohte Aussperrung von 2000 hiesigen Bauarbeitern, Maurern und Zimmerern war danach für Freitag abend zu erwarten.

Kiel. Ein Preßprozeß der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung". Die Strafkammer des Kieler Landgerichts hatte am 20. Januar 1912 den Glaser Blauert und den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung" Bielenberg zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung und § 185 R.-Str.-G. Beide sollten sich der Verrufserklärung und Beleidigung schuldig gemacht haben gegen den Glasergesellen Schulz. Schulz arbeitete im Sommer 1911 unter dem Tarif, der zwischen den Mitgliedern der Glaserinnung in Kiel und den Glasergesellen abgeschlossen worden war. Er war deshalb in einer in der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung" veröffentlichten Notiz als „Rausreißer" bezeichnet worden. Im Urteil wird ausgeführt, daß Rausreißer ein wegwerfendes Wort, ein Schimpfwort sei wie etwa Streikbrecher. Blauert legte gegen das Urteil Revision beim Reichsgericht ein, Bielenberg nicht. Das Reichsgericht hat das Urteil aufgehoben und die Sache nochmals zur Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Das Reichsgericht hob aber auch das Urteil gegen Bielenberg auf. Interessant aus der Begründung des Urteils ist die Zurechtweisung, die sich das Landgericht in Kiel wegen seiner Ansichten über das Wesen der Tarifverträge gefallen lassen muß. Es heißt in der Urteilsbegründung des Reichsgerichts: Zunächst verkennt das Vordergericht das Wesen der Tarifverträge, indem es die Unterwerfung eines Gesellen unter den zwischen Meistern und Arbeitern abgeschlossenen Tarifvertrag grundsätzlich als Teilnahme an einer Vereinbarung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auffaßt. Die Tarifverträge werden zu dem Zwecke abgeschlossen, eine für die Arbeitgeber und für die Arbeitnehmer erwünschte Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse oder doch einen Zustand herbeizuführen, der den beiderseitigen Wünschen so weit entspricht, daß er von ihnen als erträglich angesehen wird. Allein der Tarifvertrag ist kein Kampfmittel im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung, dessen sich die streitenden Parteien zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bedienen. Der Abschluß eines Tarifvertrages stellt vielmehr, wenn ihm ein Kampf voraufgegangen ist, entweder das Ziel dar, das durch ihn erreicht werden sollte, oder doch dessen Ergebnis, ganz ebenso wie dann, wenn eine Partei in dem Streite völlig erlegen ist, ihre Unterwerfung unter die Forderungen des obsiegenden Teils keine dessen Bekämpfung bezweckende Maßnahme, sondern den Kampf beendender Friedensschluß ist (Reichsgericht in Zivilsachen, Band 73, Seite 92, besonders 99, 100. Urteil des Oberlandesgerichts Kiel (Strafsenat) vom 29. August 1905. Gewerbearchiv, Band 5, Seite 357.) Sollte Schulz nur bestimmt werden, sich dem zwischen Meistern und Gesellen abgeschlossenen Tarifvertrag zu unterwerfen, nicht aber dazu, einer Verabredung oder Vereinigung beizutreten, welche die Überwachung der Ausführung des Tarifvertrages oder auch die Verfolgung der Interessen der Arbeiter an einer günstigen Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, soweit hierzu neben den Festsetzungen des Tarifvertrages noch Raum bleibt, bezweckten, so scheidet die Anwendung der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung aus, denn dann sollte Schulz nur veranlaßt werden, die Vorteile für, aber auch die Schranken gegen sich gelten zu lassen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich im Tarifvertrage bei Verfolgung ihrer wechselseitigen Interessen auferlegten. Er sollte nur bestimmt werden, sich des Arbeitens zu enthalten unter Bedingungen, die dem Tarifvertrage nicht entsprächen. — In der erneuten Verhandlung vor der Strafkammer wurden nun beide Angeklagte von der Anklage der Übertretung des § 153 R.-G.-O. freigesprochen, dagegen aber wegen Beleidigung zu je 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. In der Begründung wurde ausgeführt, daß „Rausreißer" dem Worte „Streikbrecher" dem Sinne nach gleichstehe und eine schwere Beleidigung sei, besonders, wenn es angewandt wird, einen Mann, der, in dem besten Bestreben, seinen Mitmenschen zu dienen, sich den Tarifabmachungen nicht fügt, herabzusetzen.

Grevesmühlen. Mecklenburgische Wahlen. Die mecklenburgische Regierung nimmt zu der bevorstehenden Ersatzwahl im Kreise Hagenow eine Stellung ein, die mit Sicherheit eine abermalige Ungültigkeit der Wahl herbeiführen muß. Der liberale Parteisekretär Lau in Rostock hat sich, wie dem „Berl. Tagebl." gemeldet wird, an das Ministerium mit der Bitte gewandt, zu verfügen, daß wahlberechtigte und auch nicht wahlberechtigte Personen entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der beispielsweise in Preußen geübten Auslegung der gesetzlichen Vorschriften berechtigt seien, als sogenannte Wahlkontrolleure zu fungieren. Darauf erwiderte das großherzogliche Ministerium, es müsse Bedenken tragen, die gestellte Frage grundsätzlich zu entscheiden; das heißt mit anderen Worten: es wird von Fall zu Fall eingehende Beschwerden prüfen und entscheiden und inzwischen wird der Zweck solcher Beschwerden wertlos geworden sein. Von gleicher Seite war an dasselbe Ministerium der Antrag gerichtet, es möchte die Wahlvorsteher des Wahlkreises anweisen, daß sie verpflichtet wären, vielleicht zu bestimmten Zeiten beauftragten Personen der Parteien, die Wählerliste zwecks Einsicht und Abschriftnahme zugänglich zu machen. Darauf antwortete das Ministerium, nach seiner Ansicht könne aus dem Wahlgesetz und aus dem Wahlreglement eine dahingehende Verpflichtung der Wahlvorsteher nicht abgeleitet werden. Demgegenüber muß betont werden, daß die Wahlprüfungskommission des Reichstages eine Beschränkung der Öffentlichkeit der Wahl als gegeben erachtet, wenn Vertrauensleute der Parteien aus dem Wahllokal verwiesen werden. Die Wahlhandlung ist öffentlich, genau so, wie z. B. eine Gerichtsverhandlung; nur Personen, die durch ihr Benehmen die Wahlhandlung stören, können aus dem Wahllokal verwiesen werden. In dem in Frage stehenden Wahlkreise ist nun aber eine genaue Kontrolle der Wahlhandlung durch Vertreter der nicht-konservativen Parteien geradezu eine unabweisbare Notwendigkeit. Man hat dort nämlich Wahlbezirke mit 12—15 Wählern gebildet. Einzelne Güter bilden einen eigenen Wahlbezirk. Der Gutsbesitzer, sein Vogt und noch einige seiner Angestellten bilden den Wahlvorstand und die paar übrigbleibenden Arbeiter sind die Wähler. Man weiß dadurch ganz genau, wie der einzelne Wähler gestimmt hat und daraus erklärt es sich auch, daß in solchen Bezirken bei den allgemeinen Wahlen einstimmig konservativ gewählt wurde. Die geheime Wahl ist unter solchen Umständen höchst gefährdet, sie wird aber völlig in Frage gestellt, wenn eine Überwachung der Wahlhandlung verhindert wird. Wenn das Ministerium die Wahlvorsteher nicht schleunigst in dem von dem liberalen Parteisekretär gewünschten Sinne instruiert, dann kann eine gültige Wahl nicht zustande kommen.

Kuxhaven. Ertrunken. Der einjährig-freiwillige Minenmatrose Maleika von der 1. Minensuchdivision ist gestern morgen auf See über Bord gefallen und ertrunken. Die Leiche konnte geborgen werden. Wie erst jetzt bekannt wird, ist am Pfingstmontag in der Elbe oberhalb von Altenbruch der Leichtmatrose Ernst Schirmer vom Dampfer „Seeschwalbe" von der Wallschiene abgerutscht und trotz aller Rettungsmanöver, an denen sich auch eine Pinasse vom Panzer „Lothringen" beteiligte, ertrunken.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„**Neue Zeit**", Heft 35.
„**Wahrer Jakob**", Nr. 12.
„**Gleichheit**", Nr. 18.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

An die Herren

GASTWIRTE!

Der Verein der Gast- und Schankwirte für Lübeck und Umgebung fordert seine Mitglieder öffentlich auf, meine Plakate aus ihren Schaufenstern zu entfernen. Um etwaige Unklarheiten zu beseitigen, bemerke ich, daß sich der fragliche Verein erst dann an mich wandte, als meine Reklamekolonnen die Schaufensterreklame längst beendet hatten.

Der diese Frage betreffende Briefwechsel wird die Situation in einem ganz anderen Lichte erscheinen lassen. Ich publiziere ihn hiermit:

Lübeck, 20. Mai 1912.

An die

Direktion des Circus Sarrasani zur Zeit in Geestemünde.

Im Auftrage des Vereins der Gast- und Schankwirte für Lübeck und Umgebung richte ich dies Schreiben an Ihnen, da Ihre Reklamekolonne hier seit acht Tagen in Lübeck arbeitet und überall Zettel angebracht hat, auch bei Mitglieder unseres Vereines, so möchte ich Ihnen hierdurch mitteilen, daß es Beschluß unseres Vereines ist, für Aushängen von Reklamen jeder Art eine Plakatsteuer zu erheben. Wir sind 150 Mitglieder, und diese sind alle verpflichtet, die Plakate auszuhängen, sobald sie gestempelt sind, und **Sie** haben den Vorteil davon, daß **Sie** keine Freibillets zu geben brauchen, alle Zirkusse, Menagerien usw. welche bis jetzt hier Vorstellungen gegeben haben, haben gerne die 25 bis 30 Mk. für unseren Verein gegeben. Ich habe mich deshalb mit Ihren Reklamechef Herrn Poppenscheller in Verbindung gesetzt und ihm die Sache vorgestellt, jedoch ist der Herrn nicht zu überzeugen, ich hoffe aber, daß diese Zeilen ihren Zweck nicht verfehlen, und Sie Ihren Reklamechef beauftragen werden, die Sache mit uns zu regeln, da ich sonst verpflichtet bin, die bei unseren Mitgliedern aushängenden Plakate einzuziehen, und Ihnen zuzustellen, auch werde ich es den gesamten Mitgliedern mitteilen, daß sie nicht aufhängen dürfen.

Ihrer geneigten Antwort entgegensehend zeichnet hochachtungsvoll

Verein der Gast- und Schankwirte für Lübeck und Umgebung.

Plakatsteuer. 20. Mai 1912.

gez. **Hans Lembke,** Schmiedestr. Nr. 1, Lübeck.

Geestemünde, 22. 5. 1912.

An den

verehrlichen Verein der Gast- und Schankwirte, Lübeck, Schmiedestr. 1.

P. A.: Herrn **H. Lembke.**

Im Besitz Ihres werten Schreibens bedaure ich es nur lebhaft, daß Sie Ihren Brief nicht bereits **früher** an mich gerichtet haben, nachdem es seit dem Frühjahr vergangenen Jahres bekannt war, daß ich nach Lübeck kommen würde.

Ich hätte selbstverständlich lieber das Pauschale bezahlt, wenn Sie dafür garantiert hätten, daß Ihre 150 Mitglieder meine Plakate ausgehängt hätten.

Nun aber liegen doch die Sachen rechtlich ein wenig anders. Ich habe nur mit den Mitgliedern direkt Verträge zum Aushängen geschlossen, und diese haften mir auf Grund dieser Verträge für das Aushängen der Plakate. Wenn Sie diese Plakate entfernen lassen, so fällt nicht nur die von mir zugesagte Gegenleistung fort, sondern ich kann auch noch Schadenersatzansprüche gegen jeden einzelnen der Kontrahenten geltend machen.

Das beste wäre es auf jeden Fall gewesen, wenn Ihre Mitglieder auf das bestehende Institut sofort aufmerksam gemacht hätten. Wenn dieses nicht geschehen ist, so ist das ein Verschulden Ihrer Mitglieder und ich kann nicht Weiteres veranlassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. **Hans Stosch - Sarrasani.**

Ich habe dem nichts Weiteres hinzuzufügen als daß:

Diejenigen der Herren Gastwirte, die entgegen den getroffenen Abmachungen meine Plakate aus ihren Schaufenstern entfernt haben, zwingen mich, nicht nur die zugesagte Gegenleistung nicht zu gewähren, sondern sie außerdem wegen des mir entstandenen Schadens in Anspruch zu nehmen.

H. Stosch-Sarrasani

Eigentümer und Direktor des Circus

SARRASANI

Ständiger Wohnsitz: Radebeul bei Dresden. (789

Nur bis 10. Juni! — Unwiderruflich!

Sarrasani

Burgfeld. **Telephon 3076.**

Sonnabend, 1. Juni, 3 Uhr und 7½ Uhr:

2 **Elite-Vorstellungen.** 2

Sonntag, 2. Juni, 3 Uhr und 7½ Uhr:

2 **Gala-Vorstellungen.** 2

Vormitt. 11—12 Uhr **Tierschau,** verbunden mit **Doppelkonzert.**
Erwachsene **20** Pfg. Kinder **10** Pfg.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen, Militärs bis zum Feldwebelgrade auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

Vorverkauf an der Circuskasse und — nur für abends — bei **Adolf Röhrich,** Holstenstraße 2. (777

Heute, Sonntag, den 2. Juni 1912:

Großes Hunderennen

verbunden mit voraufgehender

Polizeihund-Vorführung

auf der Wiese bei Kaffeehaus Wendt in Israelsdorf.

Vorgeführt werden die Lübecker Polizeihunde „Prinz" und „Hella".
Kassenöffnung 2½ Uhr. Anfang der Polizeihund-Vorführung 3½ Uhr
Eintritt 40 Pfg., Sitzplätze 80 Pfg., Militär und Kinder die Hälfte.
Wertvolle Silberpreise kommen zur Verteilung. Die Anmeldegebühr beträgt für jedes Rennen 2.— Mk. pro Hund.
Anmeldungen zu dem Rennen werden auf dem Platze noch entgegengenommen.

810) **Der Klub „Deutscher Schäferhunde".**

NB. Während der Polizeihund-Vorführung dürfen Hunde **nicht** mit auf den Rennplatz gebracht werden.

Regelmäßige Dampferverbindung Travemünde–Kellenhusen–Dahme
per Salondampfer „Hollmann"
täglich 11 Uhr vormittags ab Travemünde.

Neu-Lauerhof. **Jeden Sonntag: Gr. Tanzkränzchen.**
Achtung Karussell! (801) **Achtung Karussell!**

Konzerthaus Friedrichshof
Jeden Sonntag: (100) **Tanzkränzchen.**

Einsegel
95) Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Adlershorst. (101)
Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Friedr.-Franz-Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr. Ende 1 Uhr.
807) Endstation Krankenhaus.

Stockelsdorfer Markt.
Montag, den 3. Juni:
Große Tanzmusik.
791) **E. Rottgardt.**

Weisser Engel
Ratzeburger Allee 29.
Endstation Bahnlinie 4.
761) Jeden Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.

Watenitz-Bellevue
Heute Sonntag:
Freies Tanzkränzchen.
809) **H. Fürböter.**

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
99) **Ballmusik.**

Kalnbergs
Variété und Kabarett.
Gastspiel des Variete-Ensemble
Wien-Berlin. 816
Beginn 8½ Uhr. Entree 40 Pfg.

Hamburger Hof
Schwartau.
Heute und Sonntag:
Musik-Unterhaltung
mit humoristischen Vorträgen, u. a.: Der beliebte Humorist **Hans Licht** als deutscher Reichstag.
Um zahlreichen Besuch bittet
788) **A. Lau.**

Ab 1. Juni kurzes **Gastspiel** des
Intimen Theaters aus Hamburg.

Ramsnit, ägypt. Operette. In Hamburg 60 mal vor ausverkauftem Hause gespielt.

Der Herr mit der grünen Krawatte. Eisenbahngroteske in 1 Akt. In Hamburg 100 mal, in Berlin, Bremen, München 2c. mit kolossalem Erfolge gespielt.

„Stelldichein". Biedermeierduett.
Gretel Mayhof, Brettldiva.
Hans Lederer, Chansonier.
Grete Kerry, Vortragskünstl.
Mie Perro, Soubrette.
Daisy & Pablo, Charaktertänze.
Anfang 8½ Uhr. Ende ca. 11 Uhr.
Gewöhnliche Preise. (812

Kaffeehaus Moisling.
Jeden Sonntag: (800
Freies Tanzkränzchen.

Konzerthaus
Zauberflöte.
Neue Kapelle.
Ungarische Damen-Kapelle **Gora**
6 Damen, 1 Herr. (774
Eintritt frei!!!
Konzert von 7½ bis 1 Uhr.
Sonntags Anfang 4 Uhr.

Konzerthaus „Flora".
806) **Jeden Sonntag:**
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr. **Gustav Wirthel.**

Zum roten Löwen.
Großes Ringreiten
heute, Sonntag, 2. Juni, Anfang nachmittags 4 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
805) **W. Mihr und die Reiter.**

Waisen-Hof. **Sonntag: Tanz.**
(743) **Gustav Gipp.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 126. Sonnabend, den 1. Juni 1912. 19. Jahrg.

Die Stellung des Zentrums zum preußischen Wahlrecht.

Das Zentrum ist in seinen Aufrufen zu preußischen Wahlkämpfen zumeist mit der Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts krebsen gegangen. In Wirklichkeit ist es in übel jesuitischer Weise der ärgste Verräter aller Bestrebungen dieser Art gewesen. Dafür heute nur einige Beispiele:

Am 20. Mai 1912 stimmt die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages für das allgemeine Wahlrecht, das durch die Freisinnigen beantragt wird.

Am 20. Mai 1912 sorgt die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages durch Abkommandierung von Dutzenden seiner Mitglieder dafür, daß dieser Antrag fällt.

Die „Kölnische Volkszeitung" schreibt am 11. Oktober 1907:

Mit dem preußischen Wahlrecht liegt die Sache wie mit den sybillinischen Büchern — das Zögern verteuert die Sache ungemein, denn nach zwei Jahrzehnten wird die Regierung ohne Gnade das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bewilligen müssen. Also gedulden wir uns schlimmstenfalls noch eine Weile mit dem alten Wahlrecht, in der schadenfrohen Gewißheit, daß es dann ganz unerträglich werden muß!

Die „Rheinische Volksstimme", das Organ der Zentrumsagrarier, schreibt am 25. Juli 1911:

Heute . . . sollte man sich doch wirklich hüten, eine Demokratisierung des Wahlrechtes vorzunehmen. Das preußische Dreiklassenwahlrecht ist eine wirkliche Vertretung der produktiven Stände . . . und darum wollen wir, so lange es irgend geht, an ihm festhalten, trotz der sich vermutlich unausgesetzt wiederholenden Anträge der Linken auf Einführung des Reichstagswahlrechtes, und trotz der bedauerlichen Nachgiebigkeit der Regierung . . .

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung" schreibt im Januar 1906:

Kein Zweifel, der preußische Landtag ist keine Volksvertretung, das Wahlrecht, durch das er zustande kommt, ist widersinnig und ungerecht. Alle Kulturstaaten, selbst die halbasiatischen Balkanstaaten haben ein besseres Wahlrecht wie Preußen, oder sie schicken sich doch wenigstens an, es bedeutend besser zu gestalten, damit auch die „unteren" Volksklassen sich politische Geltung verschaffen können.

Die „Germania" schreibt am 13. August 1907:

Seltsam mutet der Gedanke an, das Zentrum solle im Reichstage den Hebel ansetzen helfen, um das preußische Wahlrecht aus den Angeln zu heben. Jedenfalls recht eigentümliche Einfälle, besonders gegenüber einer Partei, die auf föderalistischem Standpunkte steht, und dem Reiche das Recht bestreitet, in die innerpolitischen Verhältnisse der Einzelstaaten einzugreifen, die seiner Zuständigkeit entzogen sind.

In seiner Rheinbacher Rede kam der Zentrumsführer Spahn am 11. August 1907 auf die preußische Wahlrechtsfrage zu sprechen. Er sagte unter anderem:

Das Zentrum war für eine Übertragung des direkten Wahlrechts auf Preußen, die für uns wichtigere Frage wird aber die der Wahlkreiseinteilung werden.

In der Sitzung des preußischen Dreiklassenhauses vom 10. Januar 1908 stimmt das Zentrum gegen die Neueinteilung der Wahlkreise.

Die Kölnische Volkszeitung schreibt im November 1908:

Wir sind ein Gegner der rein schematischen Einteilung (der Wahlkreise) nach der Kopfzahl, da für uns der Staat eben aus Land und Leuten besteht.

Der Zentrumsführer Trimborn sagt in einer Rede zu Köln am 20. April 1906:

Das Zentrum hat das Dreiklassenwahlrecht immer verworfen wegen seines plutokratischen Charakters, wegen der indirekten Wahl und der öffentlichen Abstimmung. Das Dreiklassenwahlrecht ist sozial verwerflich. Es entspricht nicht der modernen Staatsauffassung, wonach alle Bürger gleiches Recht haben sollen, an der Entwickelung als gleichberechtigte Staatsbürger mitzuwirken. Wir verlangen in erster Linie und grundsätzlich Anpassung an das Reichstagswahlrecht.

Die „Germania" schreibt am 2. Mai 1908 auf einen Angriff der „Kreuzzeitung":

Wann und wo hat die Zentrumsfraktion — und auf diese kommt es doch schließlich in erster Linie an — bekundet, daß sie nach links, zur Demokratie überzugehen gedenke? Sie hat durch Wort und Tat vielmehr bekundet, daß sie die alte bleiben wolle. Aber auch der Partei im Lande kann man ehrlicherweise nicht nachsagen, daß sie sich nach links entwickele und demokratisch geworden sei. Oder ist es etwa Demokratie, wenn die Zentrumspartei jetzt bei den preußischen Landtagswahlen die Konservativen gegen die Freisinnigen unterstützt, und überhaupt grundsätzlich mehr Neigung für die Konservativen als für den Liberalismus zeigt?

So sieht die traditionelle Politik des Zentrums aus! Heuchlerisch und lügnerisch!! Und die Zentrumsarbeiter lassen es sich brav gefallen.

Liberale Mameluckenmoral.

Der Direktor der Grafenstadener Maschinenbaugesellschaft, Heyler, ist, wie bereits gemeldet, von seinem Posten zurückgetreten, um seiner Gesellschaft die Staatsaufträge nicht entgehen zu lassen, die bekanntlich seinerzeit suspendiert wurden, weil Heyler sich angeblich deutschfeindlicher Treibereien schuldig gemacht haben sollte.

Als der Fall bekannt wurde, gab es nur eine Stimme der Verurteilung über das Vorgehen der preußischen Eisenbahnverwaltung, die als Auftraggeber für die Grafenstadener Maschinenfabrik in Frage kam. Und der Unwille verstärkte sich, als bald darauf bekannt wurde, daß die elsaß-lothringische Regierung ein förmliches Spitzelwesen organisiert hatte, um die „Verbrechen" des Direktors Heyler festzustellen. Auch das „Berliner Tageblatt" stimmte damals in die Verurteilung sowohl der elsaß-lothringischen Regierung als der preußischen Eisenbahnverwaltung ein, und hielt es für ganz selbstverständlich, daß das Grafenstadener Werk hinter dem Direktor stand und ihn nicht dem alldeutschen Ansturm zum Opfer brachte.

Mittlerweile hat der Kaiser seine Scherben-Rede gehalten. Der Reichstag hat sich mit dieser Rede, wie mit ihrem Ausgangspunkt beschäftigt, und man kann nicht gerade sagen, daß Bethmann-Hollweg in der Verteidigung des Kaisers und der reichsländischen Regierung glücklich abgeschnitten hätte. Auf das „Berliner Tageblatt" indessen müssen die Äußerungen des Kaisers und des Kanzlers überwältigend eingewirkt haben. Man höre, was das „liberale" Blatt zu der Demission des Direktors Heyler zu sagen hat:

„Herr Heyler hat etwas lange Zeit gebraucht, ehe er die notwendige Konsequenz aus dem wegen seiner undeutschen Haltung entstandenen Konflikt zwischen der Regierung und dem von ihm vertretenen Werk gezogen hat. Es wäre richtiger gewesen, hätte er schon früher das Hindernis zu einer Verständigung, das in seiner Person lag, aus dem Wege räumen helfen. Ohnehin konnte er ja überzeugt sein, daß ihm bei einigem Entgegenkommen eine goldene Brücke gebaut werden würde. Man wird es auf der anderen Seite verstehen können, daß der Aufsichtsrat der elsaß-lothringischen Maschinenfabrik in Grafenstaden sich nicht leicht dazu entschloß, den geschäftlich anscheinend sehr tüchtigen Direktor aus Gründen, die außerhalb seines eigentlichen Tätigkeitsbereiches lagen, von seinem Platze zu entfernen. Aber die Dinge waren schließlich so weit gediehen, daß es für die Regierung kein Zurück mehr geben konnte, solange Herr Heyler Direktor blieb. Und die Interessen von mehreren tausend Arbeitern mit ihren Familien gehen zuletzt höher als der Wille eines einzelnen. Ob Herr Heyler sich doch noch freiwillig entschlossen hat zurückzutreten, oder ob er einem gewissen Zwange gewichen ist, das steht erst in zweiter Linie, genug, daß er jetzt geht. Man darf wohl zugleich erwarten, daß nun der Aufsichtsrat der Fabrik nicht wieder in den groben Fehler verfällt, einen Mann an die Spitze des Werkes zu setzen, der sich in nationalistische Treibereien einläßt. Es genügt völlig, wenn er sich als Leiter eines großen Betriebes um politische Angelegenheiten überhaupt nicht kümmert, sondern seine ganze Kraft auf die sachgemäße Leitung des ihm anvertrauten Unternehmens konzentriert. In diesem Falle aber darf wohl erwartet werden, daß die Eisenbahnverwaltung ihre Drohungen, das Grafenstadener Werk künftig von den Lieferungen für die Staats- und Reichseisenbahn auszuschließen, zurücknimmt und der Grafenstadener Fabrik die staatlichen Bestellungen in dem bisherigen Umfange weiter überläßt. Damit würde sie am besten den mehrfach geäußerten Verdacht zerstreuen, als habe es sich bei den Angriffen auf Grafenstaden um unschöne Konkurrenzmanöver gewisser westlicher Industrieller gehandelt."

Gesinnungstüchtigkeit wird niemand von dem Liberalismus des „Berliner Tageblattes" verlangen, aber was sich das Blatt hier über den Grafenstadener Fall leistet, ist ein vollendeter Skandal! Hätte das liberale Blatt recht, dann wäre die preußische Regierung, für die es „kein Zurück mehr geben konnte", durchaus gerechtfertigt, dann wäre das unerhörte Vorgehen der reichsländischen Regierung ebenso berechtigt gewesen und in letzter Linie wäre natürlich auch Wilhelm II. im Rechte, wenn er droht, die Verfassung in Scherben zu schlagen, falls nicht andere Saiten in Elsaß-Lothringen aufgezogen werden. In der Tat, Bethmann-Hollweg kann von den liberalen Mannen des „Berliner Tageblattes" noch lernen. Eine solche Verteidigung der Kaiserrede würde den Junkern weit angenehmer gewesen sein, als die von der „Post" so mißfällig aufgenommene Rede des

Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(9. Fortsetzung.)

Gottfried schien zu überlegen. „Ich dank' schön!" sagte er dann. „Im Ernst!"

Sophie trat zu ihm. „Fürchtest du dich?" fragte sie ihn scherzend.

„Ich find' es nicht nötig!" erwiderte der Bursch. „Warum soll ich mit dem Schorsch reißen?"

„Mir," versetzte das Mädchen, „würdest du ein Vergnügen damit machen! — Ich bin geradenwegs neugierig, zu sehen, wer von euch den anderen zwingt! Probiers!"

Gottfried sah sie an — und lächelte mit einem eigentümlichen Ausdruck. Er hatte bemerkt, daß sie den Sieg des Schorsch über den Martin zwar nicht mit dem offenen Vergnügen ihres Vaters, aber doch auch gar nicht ungern gesehen hatte. Der Unterschied zwischen einem bloßen guten Freund und einem Liebhaber oder gar Bräutigam für ein Mädchen kam ihm wieder ins Gedächtnis, und er entnahm aus den Worten der Sophie, daß sie sehen möchte, wie ihr Schorsch noch einen auf den Boden legte.

Er fühlte sich gereizt. Eine Stimme in ihm rief: „Den Spaß sollt' ich ihnen doch verderben!" Entschlossen wendete er sich zu dem Herausforderer und sagte: „Gut, ich probiers mit dir!"

„Bravo!" rief der junge Weilerbauer und trat in die Mitte des Platzes. — Der Kreis der Zuschauer begann sich wieder zu runden.

Während der wackere Holzländer die Joppe auszog, mußte er nun aber erfahren, daß „zwei Seelen in seiner Brust wohnten". Es kamen ihm Gedanken. Ihm fiel zunächst ein, daß er eigentlich mit dem Vorsatz hergekommen sei, für den Schorsch, den er letzthin beleidigt hatte, etwas zu tun, wenn dieser sich freundlich gegen ihn benähme, was durchaus geschehen war. Dann glaubte er gerade darum auch nicht hier zu sein, um dem Rothenbauer und seiner Tochter einen Verdruß zu machen, indem er den Schorsch demütigte — des bißchen eitler Ehre wegen! — Diese Gedanken, die sich ihm aufdrängten, lähmten seinen Unternehmungsgeist. Er war in Zwiespalt mit sich selbst und ging nicht mit ganzer Kraft in den Kampf.

Eins indes glaubte er sich schuldig zu sein: geworfen wollte er nicht werden! Wie nun der Schorsch gegen ihn anging, wehrte er sich — hielt sich und machte sich frei; es war ihm nicht beizukommen. Als aber der Gegner in erwachender Ungeduld sich Blößen gab, nutzte er sie nicht, wobei ihn freilich auch seine natürliche Langsamkeit unterstützte. Er versäumte selbst eine Gelegenheit, die so deutlich wurde, daß der junge Frick wie rasend schrie:

„Faß ihn! Unterm Arm!" — Die Möglichkeit war vorüber; aber der Zuruf wirkte dennoch: das Gegenteil! Gottfried in Konfusion gebracht, bot seinerseits eine Blöße, der junge Weilerbauer fuhr ihm wie der Blitz unter die Arme, riß ihn an sich heran und lupfte ihn. Noch hatte der Bursche das Gefühl, daß er den Boden wieder erreichen und dann erst recht anfangen könnte — wenn er wollte! Aber ein paar Sekunden vergingen, ohne daß er wollte — und er lag am Boden.

Die Verehrer und Verehrerinnen des schönen Hechtfischer, die Schmeichler des künftigen Rothenbauer — die „Leute" — erhoben ein Jubelgeschrei.

„Hab' ich dich gezwungen?" rief der Schorsch dem unter ihm liegenden Gottfried zu.

„Jawohl!" erwiderte dieser. „Laß mich jetzt nur auf!"

Jener erhob sich, und der Besiegte desgleichen.

Unser Bursche, nachdem er sich gesäubert und die Joppe wieder angezogen hatte, lächelte — halb verlegen, halb mit sich zufrieden. Schorsch glaubte ihn trösten zu müssen und tat es nach Maßgabe des vollkommenen Machtgefühls, das ihn beseelte. Er sagte: „Ein bißchen mehr Mühe hast du mir doch gemacht als der Martin!" — „Ist genug Ehr' für mich," antwortete Gottfried und trat auf die Seite.

Schorsch wurde vom Rothenbauer, hinter welchem das Gesinde stand, in Empfang genommen. Der künftige Schwäher des Triumphierenden strahlte vor Vergnügen. „Vetter", rief er, „du bist doch ein Teufelskerl! Alles steht dir an — und alles kannst du!"

Bei diesen Worten verzog die Geliebte des Martin sehr sichtbar die roten Lippen, nahm die Alte bei der Hand und sagte: „Mutter, jetzt ist's aber Zeit, daß wir heimgehen! — Komm! Ich bitte dich!"

Die Gäste vom Dorf kamen überein, daß man heute genug Vergnügungen genossen habe, und verabschiedeten sich unter Danksagungen für die gute Aufwartung.

Gottfried, allein zur Seite stehend, gedachte seinerseits Adies zu sagen, als die Sophie auf ihn zutrat. Ihr Gesicht drückte einen Vorwurf aus. „Warum hast du dich denn von dem Schorsch zwingen lassen?" sagte sie.

Der Bursche sah sie „verhofft" an. „Nun," erwiderte er, „das muß ich sagen! Ist dir das nicht einmal recht?"

Das Mädchen betrachtete ihn. Ihre Züge erhellten sich, und sie rief: „Also deswegen? — Nein, das ist kaum zu glauben!" — —

Als der Bursche bei sinkender Nacht heimging, sagte er zu sich: „Am End' ist mir die Sophie doch gut! — Das heißt — — O das Geld, das Geld! — Wenn das Geld nicht wär'!"

III.

Es war Ausgang August. — Sophie hatte sich in der Lage, in der wir sie zuletzt gesehen haben, bis dahin zu erhalten gewußt; aber nun rüstete sich das Geschick, der Unbestimmtheit ein Ende zu machen.

In diese Lage hatte sie jener erste Besuch Gottfrieds gebracht und der Blick, der sie in dem Herzen des guten Freundes die ehrlichste Zuneigung erkennen ließ. Sein Benehmen beim Abschied hatte die Wahrnehmung ergänzt: Sophie wußte nun gewiß, daß die treue Seele ihr gehöre, mehr als sie selber es ahne. Durch die Art, wie sich dies offenbarte, durch die Bescheidenheit und Herzensgüte des Burschen war sie zugleich geschmeichelt und gerührt, und auch ihr Gefühl gegen ihn erfuhr eine Verwandlung.

Schorsch, der bis dahin allein als Bewerber vor ihrer Seele stand, hatte einen Nebenbuhler erhalten.

Aber freilich keinen, der seinem Zweck hätte gefährlich werden können.

Wenn die Sophie zu Gottfried das unbedingte Zutrauen fühlte, wenn die Liebe seines Herzens ihn in ihren Augen selber verschönte und ihn liebenswert erscheinen ließ — daran konnte sie nicht denken, daß ihr zum Heiraten zwischen ihm und dem jungen Weilerbauer die Wahl gelassen würde.

Ihr Vater, wäre sie ihm damit gekommen, hätte sie als eine Tolle behandelt.

Das Gut Stöckles war etwa zwölftausend Gulden wert, und er hatte darauf so viel Schulden, daß er sich nur eben anständig erhielt und wenig vorwärts kam. Den Hof des Rothenbauers schätzte man auf dreißig- bis vierzigtausend, und er hatte noch Geld am Zins!

Würde die Sophie den Gottfried geheiratet haben, so wäre das im Ries als eine Mißehe angesehen worden, über die man sich lange nicht beruhigt hätte.

Für den jungen Weilerbauer sprachen alle Gründe. Die Familie stand in gleichem Ansehen und hatte durch die Verheiratung der städtisch gebildeten Tochter an einen Assessor, der noch Gott weiß was alles werden konnte,

Kanzlers. Die preußische Regierung „konnte nicht zurück", die reichsländische Volksvertretung aber bekannte sich zur unantastbaren Meinungsfreiheit — auch für den Direktor Heyler, was blieb also in diesem Konflikt übrig, als „die Verfassung in Scherben schlagen"? Denn Preußen ist der mächtige, das Reichsland der eroberte, unter preußischer Verwaltung stehende Staat! Welchen Staat hätte Bethmann mit dieser preußisch-liberalen Logik des „Tageblatts" machen, welchen stürmischen Beifall der Junker erringen können.

Und wie angenehm berührt die weitere durchaus preußisch-bureaukratische Bemerkung, daß der Betriebsbeamte überhaupt keine Politik zu treiben, sondern sich um seine technischen Aufgaben zu kümmern habe. Den Herren Breitenbach und Krätke wird das Herz im Leibe lachen, denn diesen Standpunkt haben sie ja ständig für die Staatsangestellten vertreten — ein sogenanntes liberales Blatt will nun sogar die Privatbeamten zu Staatsbürgern zweiter Klasse machen. Dank heiliger Mosse!

Der Linksliberalismus hat's weit gebracht, er ist ebenbürtig dem westfälischen Nationalliberalismus.

Aus der Partei.

Zum Fall Landsberg erlassen Vorstand und Ausschuß der Partei in Magdeburg folgende Erklärung: Vorstand und Ausschuß des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg haben den Genossen Landsberg über die Gründe gehört, die ihn veranlaßten, beim Reichstagsschluß im Saale anwesend zu bleiben und das Kaiserhoch stehend anzuhören. Auf Grund eingehender Aussprache erklären die beiden Instanzen übereinstimmend: Es unterliegt nicht unserer Beurteilung, ob das Verlassen des Saales beim Reichstagsschluß die einzige der Größe der Fraktion würdige Demonstration gegen das byzantinische Kaiserhoch sei. Wir halten es aber für notwendig — indem wir anerkennen, daß Genosse Landsberg mit seinem Verbleiben im Saale keine monarchische Huldigung beabsichtigt hat —, erneut zu betonen, daß als eine der wichtigsten Vorbedingungen unserer Erfolge die Geschlossenheit unserer Aktion anzusehen und aus diesem Grunde im Interesse der Partei das einseitige Vorgehen unseres Abgeordneten zu bedauern ist. Gleichzeitig weisen wir die Unterstellung in auswärtigen Parteiblättern, daß Genosse Landsberg sich bereits im Wahlkampf als „Vernunftmonarchist" bekannt habe, als eine Beleidigung der Magdeburger Parteigenossen und ihres Abgeordneten entschieden zurück.

Außer Verfolgung gesetzt wurde Genosse Adolf Geck. Er war der Beleidigung des Hauptmanns Venus vom Inf.-Reg. Nr. 170 angeklagt, wegen der Wiedergabe eines „Dienstzettels" für einen Offiziersburschen, der allerlei höchst unmilitärische Obliegenheiten enthielt. Ein Name war nicht genannt. Die Staatsanwaltschaft Offenburg suchte im Spätjahre 1911 um Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen Geck beim Reichstage nach. Nach Schluß des Reichstages wurde Geck verschiedene Male vor dem Gericht vernommen und er erbot sich, den Wahrheitsbeweis für die Existenz des Dienstzettels anzutreten. Nun stellte, wie gemeldet, die Staatsanwaltschaft das Ermittelungsverfahren gegen den Genossen Geck ein.

Wie die Justiz das Handwerk schützt. Im September v. Js. hatte das „Gothaer Volksblatt" die Lehr- und Erziehungsmethode eines ländlichen Schuhmachermeisters kritisiert und die Behörde ersucht, den Betrieb besser zu beobachten, da die Lehrlinge (Gesellen beschäftigt der Mann nicht) während der vierjährigen Lehrzeit das Handwerk nur sehr mangelhaft erlernten. Der Stadtrat in Langensalza und der Schuhmachermeister stellten Strafantrag wegen Beleidigung. Die Handwerkskammer nahm eingehende Untersuchungen vor und es ergab sich, daß der eine Lehrling, der vier Jahre gelernt hatte, als Pferdeknecht gehen mußte, weil er die Gesellenprüfung nicht bestand, sondern sehr mangelhafte Arbeit leistete und Arbeit als Schuhmacher nicht erhielt. Weiter wurde festgestellt, daß der Sachverständige der Handwerkskammer schon 1908 den Antrag gestellt hatte, dem Muster eines Lehrmeisters die Berechtigung zum Halten von Lehrlingen zu entziehen. Mit Pferd und Wagen fuhr der Meister im Lande umher, blieb tagelang auf Jahrmärkten usw. und die Lehrlinge waren sich selbst überlassen: sie mußten Obst pflücken, das Land bestellen, das Vieh und das Materialwarengeschäft versorgen!! Arbeiteten die Jungen, die aus dem Rettungshause in Langensalza zu Meister Ernst gekommen waren, nicht immer in entsprechender Weise zum Nutzen des Lehrherrn, so gab es Prügel und Nachtarbeit als Strafe. Wegen dieser Behandlung liefen dann die Jungen fort, doch der Gendarm brachte sie stets wieder in die Lehrstelle zurück. In keiner Zeile des betreffenden Berichts war ein zu scharfes oder gar beleidigendes Wort in Anwendung gebracht worden. Der Amtsanwalt bemühte sich daher, dem Gericht plausibel zu machen, daß man auch hier wieder zwischen den Zeilen lesen müsse, um den wahren Sachverhalt, wie ihn der Angeklagte in seiner bekannten ironisch-beleidigenden Art darzustellen beliebe, richtig verstehen zu können. Das Gericht schloß sich „in allen Punkten" den Auffassungen des öffentlichen Anklägers an, und es kam sonach zur Bestrafung des Kritikers, obwohl dieser, wie mehrere Zeugen bestätigten, vollständig im Recht war, d. h. nur Wahres von dem Schuhmachereibetriebe berichtet hatte. Für die Magistratsbeleidigungen wurden 100 Mk. Strafe als „angemessen" erachtet.

Vorwärts in Preußen! Unter diesem Titel hat unser Solinger Parteigeschäft die Rede des Abgeordneten Ph. Scheidemann nach dem amtlichen Stenogramm drucken lassen. Selten wohl hat eine Reichstagsrede ein so großes Aufsehen gemacht, wie die des genannten Genossen am 17. Mai 1912. Unter der unerbittlichen Kritik der preußischen Zustände, die in jener Rede geübt wurde, floh der Reichskanzler mitsamt seinen Kollgen und Geheimräten aus dem Sitzungssaale. Angeblich, weil Scheidemann den Kaiser sowie Land und Leute in Preußen beschimpft habe. Auf diese Formel scheinen sich denn auch alle Rückwärtser, für die die sozialdemokratischen Ausführungen freilich moralische Peitschenhiebe gewesen sind, geeinigt zu haben. In allen arbeiterfeindlichen Blättern kann man dieselbe Heulmeierei finden: Scheidemann hätte Preußen beschimpft. Nun, es gibt keine bessere Antwort auf das verlogene Getue, als die weiteste Verbreitung des amtlich festgestellten Wortlauts jener Rede. In einer kurzen Einleitung wird auseinandergesetzt, um was es sich in der Rede gehandelt hat. Dann folgt der genaue Wortlaut der Rede Scheidemanns; weiter werden nach dem Stenogramm die in Betracht kommenden Stellen aus den Reden des Reichskanzlers und des Abg. Dr. Lensch zitiert. Es folgt dann eine Skizzierung der Verhandlungen vom 22. Mai, in deren Verlauf die Abgg. Ledebour, Dr. Südekum, der Reichskanzler und Scheidemann sprachen. Der Tenor der Reichskanzler-Rede und die Antwort Scheidemanns werden nach dem Stenogramm wiedergegeben. — Zum Schluß folgt eine Aufforderung an die Leser der Flugschrift, die sozialdemokratische Presse zu abonnieren und der sozialdemokratischen Organisation beizutreten. Das ganze Flugblatt umfaßt vier Seiten Zeitungsformat und wird von der Buchdruckerei der „Bergischen Arbeiterstimme" in Solingen zum Preise von 15 Mk. für 1000, 60 Mk. für 5000, 100 Mk. für 10 000 Exemplare abgegeben.

Gewerkschaftsbewegung.

Differenzen im Dresdener Töpfergewerbe. Im März dieses Jahres wurde mit den Unternehmern ein neuer verbesserter Tarif für Ofensetzer vereinbart, der, da Akkordarbeit ziemlich umfangreich ist, am Schlusse die üblichen „allgemeinen Bestimmungen" enthält. Diese Bestimmungen suchen jetzt die Unternehmer ganz willkürlich zu ihren Gunsten auszulegen, so, daß etwas ganz anderes und den Gehilfen Nachteiliges herauskommt, das gegen den Sinn sowohl als auch den Wortlaut der Bestimmungen verstößt. Verhandlungen sind zwischen den beiderseitigen Organisationen eingeleitet worden.

Bäckerstreik in Halle a. S. Am 30. Mai beschloß eine Versammlung der Bäckergesellen in Halle mit 80 gegen 10 Stimmen, sofort die Arbeit einzustellen, weil auch der letzte Versuch, durch Vermittelung des Gewerbegerichts zu einer Einigung zu kommen, an der ablehnenden Haltung der Bäckerinnung scheiterte. Bis zum Beginn der Arbeitsniederlegung arbeiteten bereits von 220 überhaupt in Frage kommenden Gesellen in 18 Betrieben, die die Forderungen der Streikenden bewilligt haben, 84 Gesellen zu den geforderten Bedingungen. Die Hauptforderungen sind: Beseitigung von Kost und Logis beim Meister und 23 Mk. Mindestlohn pro Woche. Zuzug von Bäckergesellen nach Halle ist fernzuhalten.

Zur Lohnbewegung in der Hannoverschen Metallindustrie. Die von der Hannoverschen Metallindustriellen-Vereinigung zum 27. Mai angedrohte Aussperrung ist in Kraft getreten. Am 27. Mai konnten in 28 Betrieben der Metallindustriellen-Vereinigung rund 4800 Personen die Arbeit nicht fortsetzen, weil die Aussperrung vorgenommen worden war. Von den 4800 Personen haben mehrere hundert die Betriebe verlassen, weil sie ihren ausgesperrten Kollegen Solidarität beweisen wollen. In 8 von den 28 in Frage kommenden Betrieben werden im Laufe der Woche noch etwa 800 Arbeiter die Arbeit einstellen, wenn ihre Kündigungszeit beendet ist. Von der Aussperrung werden also rund 5600 Arbeiter betroffen, wovon mehr als 1000 die Arbeit selbst eingestellt haben. Die Unternehmer sind damit in die Lage gebracht, eine größere Anzahl Ausgesperrter melden zu können, als sie wirklich ausgesperrt haben. Würden die freiwilligen Arbeitseinstellungen nicht erfolgt sein, dann würden die Unternehmer nicht annähernd an die 60 Proz. herankommen, die sie androhten auszusperren. Der Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete zählt 47 Mitglieder mit rund 12 500 beschäftigten Arbeitern. Mit 60 Proz. müßten 7500 Arbeiter ausgesperrt werden, somit sind etwa 30 Proz. ausgesperrt worden. Im Streik wegen der Verkürzung der Arbeitszeit stehen in Hannover sechs Betriebe mit rund 1800 Streikenden. Dazu kommen noch 32 streikende Feilenhauer. Gegenwärtig sind also von dem Streik und der Aussperrung in Hannover zirka 6600 Personen betroffen, die sich am Schlusse der Woche auf 7400 durch freiwillige Solidaritätserklärungen vermehren können. Die Zahl der Ausgesperrten ist etwas hoch gegriffen, sie zeigt aber, daß die Metallindustriellen Hannovers selbst nicht in der Höhe aussperren konnten, wie sie angedroht und den Metallindustriellen in Magdeburg und Halle versprochen haben, die nun für sie die Kastanien aus dem Feuer holen sollen. Die Metallindustriellen Hannovers haben ausgesperrt, weil sie die ausgesperrten Arbeiter zwingen wollen, den Beschluß des Metallindustriellen-Vereins anzunehmen, und weil sie über die dazu von den Arbeitern vorgetragenen Wünsche nicht verhandeln und sie nicht berücksichtigen wollen. Der Metallarbeiterverband hat das in einer Erklärung durch Inserat publiziert und dabei bekanntgegeben, daß die Arbeiter zu jeder Zeit zur Verhandlung bereit sind. Der Hannoversche Verein der Metallindustriellen bekundet denn auch, daß die Kommissionen der streikenden Arbeiter auf Anraten des Direktors einer größeren Fabrik bei ihrer Firma vom 25. Mai nochmals Verhandlungen anboten, daß sie aber mit der Erklärung abgewiesen werden mußten: Der vom Metallindustriellen-Verband gemachte Vorschlag muß von den Arbeitern angenommen werden! Die bestreikten Firmen sind nach wie vor zu einer Verständigung mit ihren streikenden Arbeitern bereit. Die Metallindustriellen denken sich die Verständigung so, daß die Arbeiter das Diktum des Metallindustriellen-Vereins annehmen müssen. Die Schuld für die Aussperrung trifft allein die Unternehmer in Hannover. Wenn die Metallindustriellen in Hannover nur ähnlich so gehandelt hätten wie die Unternehmer in Stuttgart, die den Forderungen der Arbeiter gerecht wurden, so wäre längst eine Verständigung erfolgt und Streik und Aussperrung wären vermieden worden. So erwarten die Hannoverschen Metallindustriellen, daß die Metallindustriellen in Magdeburg und Halle a. S. ihre Arbeiter auf das Straßenpflaster werfen, damit die streikenden Arbeiter gezwungen werden, sich willenlos den Anordnungen der Unternehmer fügen zu müssen.

Friede in der süddeutschen Metallindustrie. Die Nürnberger Verhandlungen zwischen Vertretern der Metallindustriellen und des Metallarbeiter-Verbandes führten zwar zu einer Einigung für Frankfurt a. M. und dem Maingau, doch war der Friede damit namentlich für Süddeutschland noch nicht völlig gesichert. Im Stuttgarter Industriegebiet bestanden noch Differenzen im Formergewerbe. Ehe die nicht beseitigt waren, wollten die Metallindustriellen die schon ausgesprochenen Kündigungen vielfach nicht zurücknehmen. So hatte eine Metallwarenfabrik in Singen am Hohentwiel ihren kürzlich per Einschreibbrief gekündigten Arbeitern am letzten Lohntage mitgeteilt, daß die Kündigung erst aufgehoben werden könne, wenn die Differenzen in Stuttgart beseitigt seien. Nunmehr sind die Differenzen im Stuttgarter Formergewerbe am 29. Mai nach fünfstündigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Metallindustriellen und des Metallarbeiter-Verbandes ebenfalls beigelegt worden. Den Formern wurde eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden zugebilligt und Lohnerhöhungen, die nach erfolgter Umrechnung 2 bis 3 Pfg. pro Stunde für jeden Arbeiter ausmachen. Damit kann nun erst die angedrohte Aussperrung für Süddeutschland als erledigt betrachtet werden.

Ostelbischer Terror. Im gesegneten Lande der Feudalen, in Ostpreußen, ist der Terror nicht allein Spezialität dieser Herrenmenschen, auch die Industrieherren tun es ihnen darin gleich. In Insterburg war es gelungen, die Brauereiarbeiter zu organisieren. Bei den dort üblichen miserablen Löhnen war es verständlich, daß die Arbeiter durch ihre Organisation alsbald Forderungen stellten. Da kamen sie aber schön an. Der Direktor des Böhmischen Brauhauses rief „seine" Arbeiter zusammen und machte bekannt, daß sie 1 Mk. pro Woche Zulage erhalten, diese sollte

---

einen ganz besonderen Glanz erhalten. Der Weilerbauershof zählte mehr Morgen Landes als selbst der des Rothenbauers. Hatte Schorsch auch noch einen jüngeren Bruder, der das Gut erhielt, so versprach die Weilerbäuerin doch ein sehr ansehnliches Heiratsgut. Und wenn damit die Hauptsachen in der Ordnung waren, so fiel zugunsten dieses Bewerbers auch der Umstand noch ins Gewicht, daß er einer der schönsten und geschicktesten Burschen im Ries war. Als Nebenvorzug hat das gar wohl auch seine Bedeutung. Wenn sonst alles gesichert ist, dann kann der Schwiegervater auch dieser Eigenschaften seines Tochtermannes sich freuen und bei Gelegenheit sich etwas darauf zugute tun.

Wahrlich, die Sophie tat viel für den Gottfried, daß sie ihr Jawort nur hinausschob! Sie konnte das als einziges und etwas verwöhntes Kind, und sie tat es, einem tiefen Zug ihres Herzens zu folgen. Solang' es anging, wollte sie für sich die Freiheit haben — und dem Gottfried das Herzeleid ersparen. Was den Schorsch betraf, so wollte sie zusehen, was es eigentlich für einer wäre — und ob ihm auch wirklich zu trauen sei!

Daß der schöne Bursch, bevor er sich um sie bewarb, den hübschen Mädchen nachgegangen war, und daß er bei Gelegenheit immer noch sehr gern viel draufgehen ließ, das wußte sie ebensogut wie ihr Vater. Und wenn sie als Bauernmädchen nicht von übertriebener Zartheit war, so hielt sie es doch namentlich in Rücksicht auf jenen ersten Hang für geraten, den Freier noch eine Zeitlang im Auge zu behalten.

Von den eigentlichen Gründen ihrer Zögerung ließ sie den Vater übrigens nichts merken. Sie begnügte sich, auf seine Ermahnungen zu erwidern: es habe ja keine Eile; — einen Monat früher oder später geheiratet, wäre ja wohl einerlei; sie habe es eben gut beim Vater und wolle noch eine Zeitlang bleiben, was sie sei! — Einmal sagte sie lächelnd: „Wenn ich mich auch noch besinne, der Schorsch wird deswegen doch nicht von mir abstehen!"

Die Schlauheit des Weibes lehrte sie, von Gottfried in einer Art zu reden, daß in der Seele des Alten das aufgestiegene Bedenken sich wieder verlor und er selber den Schorsch zu beruhigen vermochte, der einmal gemeint hatte: der Gottfried gelte doch besonders viel bei der Sophie! — Der Vater benutzte diese Rede, dem Freier klar zu machen, daß das nur eine alte Anhänglichkeit sei aus der Schulzeit her, daß der Gottfried nur in einer Art etwas bei ihr gelte, in der anderen aber, wie er, der Schorsch, meine, gar nichts; daß seine Tochter im Grund nur zeigen wolle, sie sei nicht stolz geworden gegen ihn, und daß es eine Art sei, ihr zu gefallen, wenn man den wackeren Menschen, dem sie nun einmal nichts tun lassen wolle, freundlich behandle!

So war von Sophie die erste Hinausschiebung durchgesetzt worden von jenem Sonntag an bis zu dem kleinen Fest im Garten; und die zweite von hier bis zum Schluß des Erntemonats. Daß der Gottfried, um ihr, wie er meinte, einen Verdruß zu ersparen, sich vom Schorsch hatte werfen lassen, das hatte ihr doch ganz besonders das Herz bewegt. Sie erkannte darin eine Gutmütigkeit ohnegleichen und eine Wertschätzung ihrer Person; es wäre ihr nicht möglich gewesen, sich gleich danach mit dem Schorsch zu versprechen, und sie erwiderte daher einer neuen Mahnung des Vaters, der seinerseits vom Unterhändler gedrängt wurde: „Warten wir bis nach der Ernte, dann will ich mich in Gottes Namen entschließen." Der Vater bewilligte die Frist, nachdem er ihr das Wort abgenommen.

Die Ernte ging zu Ende. Sophie, ihrer Zusage gedenkend, saß in stiller Nachmittagsstunde allein im Kanzley; und während die Hände strickten, vertiefte sich ihre Seele in die Angelegenheit, die nun entschieden werden mußte.

Ihre Gefühle hatten sich nicht geändert. Vielmehr: jetzt, wo der letzte Termin heranrückte, empfand sie nur eine um so größere Scheu, sich an den Schorsch zu binden.

Nachdem sie mit großem Ernst vor sich hingesehen, sagte sie: „Woher weiß ich, daß er mich selber schätzt und gern hat und daß er sich nicht mehr so anstellt, obwohl —"

Ihre Brust hob und ihre Wange färbte sich; ihr Gesicht erhielt einen empfindlichen und stolzen Ausdruck.

„Das ist kein Beweis!" rief sie dann mit einer Miene des Argwohns und des Unwillens. „Im Gegenteil! — Das ist's, was mir eben noch die meisten Gedanken macht!"

Sie schwieg. Nach einer Weile fuhr sie fort: „Das Heiraten ist wahrhaftig kein Kinderspiel; und wenn man einmal darüber nachdenkt, dann hat's kein Aufhören mehr. Wer in der Blindheit dazu kommt, der ist vielleicht am glücklichsten; denn wie's nachher geht, das weiß man doch nicht. — — Es wäre besser gewesen," setzte sie nach einer Weile hinzu, „der Gottfried hätte uns damals garnicht besucht! — Er ist gekommen, weil wir unser Sach' nicht schön genug machen konnten für den Schorsch! — Sonderbar!"

Sie schaute gedankenvoll auf das Tischchen, an dem sie saß, und die Hände strickten weiter. Auf einmal wurden starke Tritte auf den Solenhofer Steinen des Haustennes hörbar. Sophie erkannte den Vater; ihr Herz klopfte, und ein banges Gefühl ging durch ihre Brust, als der Alte, der eingetreten war, geradenwegs zu ihr ins Kanzley kam.

Er sah sie an, versuchte zu lächeln, was ihm aber nicht ganz gelang, und sagte: „Nun, Sophie? Ich will dir nur sagen, daß man eben das letzte Fuder Haber einführt!"

Das Mädchen, sich verstellend, erwiderte: „Soll ich den Leuten heut' abend was Besonderes richten?"

Der Bauer zuckte die Achsel. „Wir haben schon ein Fest gehabt", entgegnete er. „Weißt du aber, was du mir danach versprochen hast? — Die Sache", fuhr er zu der Schweigenden fort, „muß jetzt ein Ende nehmen. Du ziehst diese Leute herum — ich wunder' mich nur, daß sie sichs gefallen lassen! Ich für meine Person hätte schon lang' gesagt: jetzt entweder geschieht's, oder es ist aus!"

Die Tochter neigte den Kopf ein wenig auf die Seite und sagte: „Die Weilenbäuerin, scheints, hat mehr Geduld als du!"

„Sie geht aber jetzt auch zu End'," versetzte der Alte. „Der Schlome kommt morgen oder heut' noch und wird Ja oder Nein holen. — Das ewige Rausschieben muß ja nach und nach die besten Menschen verdrießen!"

Das Mädchen hatte aufgehört zu stricken und legte die rechte Hand an ihre Stirn, während sie sich auf den Ellbogen stützte. Der Vater sah sie an und rief: „Aber jetzt sag' mir nur, was hast du denn, daß du dich nicht entschließen willst? — Was ich bis jetzt gehört hab', das sind Redensarten gewesen. Nun sei einmal aufrichtig — denn ich hab's satt, als ob ich's mit Löffeln gegessen hätt'." — Er warf einen spöttischen Blick auf sie und sagte: „Willst du vielleicht garnicht heiraten?" — Willst du eine alte Jungfer werden?"

Die Sophie konnte nicht umhin zu lächeln.

„Scheint nicht! fuhr der Rothenbauer fort. „Gottlob — über den Punkt wären wir getröstet! — Also weiter! Hast du was gegen die Leute? Hast du was gegen den Menschen? — Etwas muß doch dran schuld sein an diesem ewigen Spreißen? Jetzt geh raus mit der Farb'!"

(Fortsetzung folgt.)

aber einbehalten werden bis zum 1. Oktober. Als die Leute damit nicht zufrieden waren, flogen 14 Mann aufs Pflaster. Eine Verhandlung mit dem Bezirksleiter des Brauereiarbeiterverbandes wurde abgelehnt. Im Deutschen Brauhaus wurden die Leute aufgefordert, aus dem Verband auszutreten. Im Bürgerlichen Brauhaus stellten die Arbeiter geschlossen die Arbeit ein, als jede Verhandlung abgelehnt worden war. Dies bewirkte, daß einige Zugeständnisse gemacht wurden. Am Tag nach der Arbeitsaufnahme aber wurden Maßregelungen vorgenommen: drei Mann flogen aufs Pflaster und von den übrigen wurde Austritt aus der Organisation verlangt. Und damit dies auch tatsächlich geschehe, erhielt der Bezirksleiter des Brauereiarbeiterverbandes folgendes, vom Prokuristen unterzeichnetes Schreiben der Betriebsleitung: „Einliegend übersenden wir Ihnen 27 Kündigungsschreiben unserer nachbenannten Kutscher resp. Arbeiter zum sofortigen Austritt aus Ihrem Verband.“ (Folgen die 27 Namen.) Beigelegt waren 27 gleichlautende in der Brauerei hektographierte Erklärungen: „Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsgenossen mit dem heutigen Tage. (Unterschrift).“ Durch diesen Terror glauben die Herrschaften die Organisation ausrotten und die alten feudalen Arbeitsverhältnisse aufrecht erhalten zu können. Das wird ihnen nicht gelingen. Aber für die Sammler der Terrorismusfälle ist dieser Fall sicher sehr willkommen zum Beweis für den Terrorismus der — Arbeiter.

Gelbe Aussaat. Der Essener Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ schreibt aus Essen: „Die Werkvereinsbewegung hat in den letzten Wochen in Westdeutschland und namentlich im Ruhrrevier ganz überraschende Fortschritte gemacht. Auf einer großen Reihe von Zechen sind neue Werkvereine gegründet worden. Die neuen Werkvereine verfügen dort jetzt schon über eine beträchtliche Mitgliederzahl. Die älteren Werkvereine hatten in der letzten Zeit eine ganz beträchtliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Es ist nicht zu leugnen, daß der ungünstige Ausgang des Bergarbeiterstreiks den Gelben viele neue Freunde geschaffen hat. Auch in anderen westdeutschen Industrierevieren faßt die Werkvereinsbewegung nach und nach festen Fuß. In Düsseldorf bestehen bereits fünf Werkvereine, die sich kürzlich zu einem Bezirksverband vereinigten und die Anstellung eines besoldeten Sekretärs beschlossen. Die Gründung weiterer Werkvereine ist in Düsseldorf und seiner näheren Umgebung in die Wege geleitet. — In Frankfurt a. M. ist in der Maschinenbau-A.-G. Pokorny u. Wittekind ein Werkverein ins Leben getreten, dem bereits ein großer Teil der Arbeiterschaft angehört. Sechs weitere Werkvereine sind in Frankfurt in der Bildung begriffen. Endlich wird auch aus Aachen, dem Saarrevier und dem Westerwald über die Gründung von Werkvereinen berichtet.“ Vom großen Kampf im Ruhrrevier her blieb mancher blessiert auf dem Schlachtfelde. Da glauben die Gelben, ihre Zeit sei gekommen. So mancher Bergknappe hatte gewiß von schnellem, glänzendem Siege geträumt und sah sich nun bitter enttäuscht. Eine kurze Organisationszugehörigkeit, ein Nichtverstehen unserer wirtschaftlichen Machtverhältnisse brachte ihn zu solchen Schlußfolgerungen, machte ihn unmutig über sein Schicksal. Gegen die eigene Organisation wendet sich im ersten Augenblick oft sein Groll. Das ist die rechte Zeit für die Aussaat der gelben Sumpfpflanze. Hier und da mag sie unter solchen Umständen Boden finden, begünstigt durch die gnadenspendende Sonne der Unternehmer. Doch bald knickt der rauhe Sturmwind der weltverschiedenen Interessen zwischen Kapital und Arbeit die mühsam aufgepäppelten Halme und macht die gelbe Aussaat zunichte. Der Bergarbeiterstreik bietet den gelben Knechtseelen die heißersehnte Gelegenheit, um ihre schmierige Firma wieder neu auflackieren zu können. In wahrheitswidrigem, tendenziösem Aufputz wird aus dem Ausgange des Streiks versucht, Proselyten zu machen für die unternehmerfreundlichen gelben Vereine. Doch die gelbe Herrlichkeit dauert nicht lange. Nach kurzer Zeit kommt den Arbeitern die richtige Erkenntnis, daß zur Wahrung ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte, zur Erringung ihres Menschenrechts, nur wirkliche Arbeiterorganisationen berufen sein können. Nur durch den Zwang der Betriebsleitung und unter Androhung wirtschaftlicher Schädigung bleiben sie Mitglieder der gelben Vereine. Die wenigen, die ihnen freiwillig angehören, sind Unternehmerknechte und wollen es bleiben.

Malerstreiks in der Schweiz. Der Zentralverband der Maler und Gipser der Schweiz macht durch Plakate bekannt, daß die Streiks in der Schweiz noch fortdauern. Fortgesetzt werden jetzt Streikbrecher in allen Ländern gesucht unter der Vorspiegelung, die Streiks seien verloren oder beendet. Jetzt nach Pfingsten hoffen die Meister auf größeren Zuzug, da die Schweiz für manchen Arbeitslosen ein verlockendes Ziel ist. Die Maler allerorts werden dringend ersucht, die kämpfenden Kollegen in der Schweiz durch Fernhaltung des Zuzugs zu unterstützen.

Soziales.

Ein Vertragsmonstrum. Die Firma Armaturen-Fabrik, Metallgießerei, Apparate-Bau-Anstalt Heine u. Seifart, Hirschberg i. Schles. wünscht einen Zeichner zu folgenden Bedingungen zu engagieren: „Nachdem Ihre Lehrzeit am 15. Mai d. J. beendet ist, stellen wir Sie hierdurch als Zeichner für unser technisches Bureau unter folgenden Bedingungen an: Sie erhalten ein Gehalt von 40 Mk. (in Worten vierzig Mark), zahlbar am Ende eines jeden Monats, welches sich bei zufriedenstellender Leistung vom 1. August um 10 Mk. erhöht. Eine weitere Gehaltsaufbesserung stellen wir Ihnen am 1. Januar 1913 in Aussicht, vorausgesetzt, daß Sie fleißig sind und Fortschritte machen. Sie verpflichten sich, die Ihnen übertragenen Arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen auszuführen, Ihre ganze Tätigkeit ausschließlich den Interessen des Geschäftes zu widmen und keinerlei Nebenbeschäftigung zu betreiben; die Art ihrer Tätigkeit wird Ihnen durch die Firma bestimmt. Ferner verpflichten Sie sich, zwei Jahre nach Austritt aus unserer Firma in keines der nachstehenden Konkurrenzgeschäfte (folgt ein Verzeichnis von 21 Firmen der Branche) einzutreten, noch ein solches in Deutschland zu gründen oder sich an einem solchen direkt oder indirekt zu beteiligen. Im Übertretungsfalle zahlen Sie ohne jede Weigerung eine Konventionalstrafe von 1000 Mark in Worten: Tausend Mark, außerdem steht uns das Recht zu, neben Zahlung der Konventionalstrafe auf Unterlassung der strafbaren Handlung zu klagen.“ — Der Vertrag enthält alles, bemerkt hierzu treffend die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“, was sich ein Angestellter eigentlich nur wünschen kann. Vierzig Mark Monatsgehalt, wem jubelt da nicht das Herz?! Daß dem Empfänger eines solchen Gehalts Nebenbeschäftigung verboten werden muß, versteht sich; es besteht ja die dringende Gefahr, daß er sonst zu viel verdienen könnte. Und schließlich ist wohl auch die Konkurrenzklausel nur eine Formsache, denn welcher Angestellte wird sich ernsthaft aus solchem Eldorado hinweg sehnen. Daß die Firma damit nur einen guten Scherz hat machen wollen, geht ja daraus hervor, daß sie die Strafe bei vierzig Mark Monatsgehalt auf tausend Mark festsetzte; denn daß der Angestellte, selbst bei bescheidenen Ansprüchen, von vierzig Mk. Monatslohn noch tausend Mark zurücklegt, glaubt sie doch selber nicht. — Übrigens ist dieses Beispiel wieder einmal ein krasser Beweis für den Unfug, dem in Wahrheit die Konkurrenzklausel Vorschub leistet. Aber der Herr Staatssekretär meint ja, daß eine Regelung der Konkurrenzklausel für die Handlungsgehilfen unter Übergehung der technischen Angestellten genügt.

Erziehung und Fürsorge statt Strafe!

Der Jugendfürsorge wird in neuerer Zeit allgemein ein erhöhtes Interesse entgegengebracht. Dieses Interesse wendet sich insbesondere auch der Kriminalität der Jugendlichen zu. Da ist nun erfreulicherweise nach der neuesten Statistik ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen. Die Gesamtsumme der strafrechtlichen Verurteilungen sank im Deutschen Reiche im Jahre 1909 auf 536 608 gegenüber 540 088 des Vorjahres; die Verurteilungen der Jugendlichen von 54 692 auf 49 689. Die Kriminalitätsziffer ist damit bei den Jugendlichen um 15,9 Proz. gegen das Jahr 1902 und um 20,1 Proz. gegen 1906 zurückgegangen.

Dieser Rückgang, der nicht zum wenigsten auf die Wirkungen und wirtschaftlichen Erfolge der Arbeiterorganisationen zurückzuführen sein dürfte, könnte ein noch größerer sein, wenn die Jugendfürsorge eine noch bessere sein würde. Wie oft werden Jugendliche vor den Strafrichter gebracht, die in ein Erziehungsheim oder eine Heilanstalt gebracht werden müßten. Diese Ansicht wird bestätigt in einem längeren Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, in dem schließlich die interessanten und wichtigen Fragen aufgeworfen werden: „Sind tatsächlich, um bei dem einen Jahr zu bleiben, die 49689 verurteilten Jugendlichen des Jahres 1909 für ihre Handlungen voll verantwortlich gewesen? Mußten sie unbedingt alle vom Strafrichter abgeurteilt werden, oder gehörte nicht ein großer Teil von ihnen vielmehr dem Arzt, insbesondere dem Psychiater, anstatt dem Richter? Wird nicht in zahlreichen Fällen das Begehen der strafbaren Handlung viel weniger auf bewußt rechtswidriges Handeln, als auf einen durch geistige Minderwertigkeit bedingten Hang zum Schlechten zurückzuführen sein?“

Das Regierungsblatt bejaht diese letztere Frage unbedingt und bemerkt dann:

„Es ist hinreichend bekannt, daß unter den Fürsorgezöglingen sich ein hoher Prozentsatz geistig Minderwertiger befindet. So wurden 1898 in einer Berliner Anstalt 58,5 vom Hundert der Zöglinge als minderwertig befunden; in der Anstalt Kaiserworth fand man 1909 rund 70 vom Hundert, in Hannover 37 vom Hundert, in Westfalen zirka 70 vom Hundert, in Brandenburg zirka 60 vom Hundert, in Pommern zirka 50 vom Hundert geistig nicht normale Zöglinge. Wenn nun auch zuzugeben ist, daß die Fürsorgezöglinge den körperlich und geistig schwächsten Teil unserer Jugend darstellen, mithin unter ihnen besonders viele solcher unglücklichen Existenzen zu finden sein werden, so wird man doch nicht irre gehen, wenn man unter anderen Minderjährigen, insbesondere solchen, die strafbar geworden sind, geistig defekte vermutet. Bei der schulärztlichen Untersuchung der Berliner Gemeindeschüler hat sich beispielsweise ein Satz vom 10. v. H. als geistig minderwertig erwiesen, und Herr Geheimrat Ziehen hat nach einer kürzlich erschienenen äußerst lehrreichen Schrift über die Erkennung der psychopathischen Konstitutionen und die öffentliche Fürsorge für psychopathisch veranlagte Kinder „allein in der Klinik und Poliklinik für Nerven- und Geisteskrankheiten in der Charité, z. B. im Jahre 1910 wieder 201 Kinder beiderlei Geschlechts gesehen, die an einer solchen psychopathischen Konstitution leiden, und die er mangels einer geeigneten Anstalt ohne Hilfe ihrem Schicksal überlassen mußte.“

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ kommt über diese Elendsziffern schließlich zu der Anklage:

„Daraus möchten wir schließen, daß unter den fast 50 000 verurteilten Jugendlichen des Jahres 1909 ein hoher Prozentsatz geistig nicht normal war. Alle diese Kinder gehören aber nicht vor den Strafrichter, am allerwenigsten etwa ins Gefängnis. Für sie muß Staat und Gemeinde auf andere Weise sorgen. . . . . Daß der Kriminalität der Jugendlichen, speziell der geistig schwachen, gegenüber das System der Vergeltung und der Strafe versagt, hat man zum Glück seit langem erkannt und ist daher immer mehr dazu übergegangen, an Stelle der Bestrafung das Prinzip der Erziehung und Besserung zu setzen. Die schwierigste Aufgabe steht uns aber noch bevor, Mittel und Wege zu finden, auf denen in zweckmäßiger Weise diesen letzterwähnten unglücklichen Jugendlichen geholfen werden kann.“

Die Mängel sieht man also, doch die Mittel und Wege findet man nicht, will man nicht finden, weil es hierbei am Gelde mangelt, das für unkulturelle Zwecke gebraucht wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Von der Militärjustiz. (Etwas zum Nachdenken.) 1. Der Husar Otto Geseller von der 8. Eskadron des Braunschweiger Husaren-Regiments hatte das unerhörte Verbrechen begangen, sich dem Wachthabenden gegenüber unpassend zu benehmen. G. ist ein leicht erregbarer Mensch; jedoch ließ das Kriegsgericht in Braunschweig diese Tatsache nicht als strafmildernd gelten. Im Interesse der „Manneszucht“ wurde der Verbrecher zu **vier Monaten Gefängnis** verurteilt. — 2. Dasselbe Gericht verhandelte sodann gegen den Vizewachtmeister Heinberg von der 4. Eskadron der 17er Husaren. H. hatte vor Jahresfrist einen Husaren mit der Faust gegen die Brust und das Gesicht gestoßen und dem Mann bei der Gelegenheit einen Zahn ausgeschlagen. Ein mittlerweile entlassener Husar hatte Meldung von der Mißhandlung erstattet. Urteil: **elf Tage gelinder Arrest!** Wer wagt nun noch zu bezweifeln, daß unsere Militärjustiz vollkommen ist?

Aus Nah und Fern.

Sächsische Lehrerfreiheit. Den zahlreichen Lehrermaßregelungen in Sachsen, die die Öffentlichkeit schon beschäftigt haben, reiht sich als jüngste die in Leipzig-Land an. Die Bezirksschulinspektion Leipzig-Land hatte Ende Februar in einem ganzseitigen Inserat, das in den Tageszeitungen Leipzigs erschienen war, Kritik an dem Regierungsentwurf zum Volksschulgesetz geübt und damit das Verbrechen begangen, „ein von Seiner Majestät dem König unterzeichnetes Dekret abfällig beurteilt zu haben“. Die Folge war, daß gegen die Vorstandsmitglieder des Leipziger Lehrervereins, die Lehrer Kästner, Haase, Bader und Schäfer, ein Disziplinarverfahren eröffnet wurde. Lehrer Schäfer, der Schriftführer des Vereins, war aufgefordert worden, die Vereinsprotokolle an die Schulbehörden abzuliefern, lehnte aber die Zumutung glatt ab und erregte dadurch den Zorn der hohen Behörde. Da aber diese Weigerung auch der Bezirksschulinspektion Leipzig-Land ein zu fadenscheiniger Grund zur Ergreifung von Repressalien war, suchte sie nach einer andern Handhabe. Lehrer Schäfer wurde im Verhör gefragt, ob er die Veröffentlichung billige. Dies mußte er natürlich bejahen, und daraus drehte man ihm den Strick. Das Urteil in diesem Disziplinarfall kann die Presse leider nicht im Wortlaut bringen, da die Behörde erklärt hat, eine Abschrift des Urteils nur dann geben zu können, wenn Lehrer Schäfer sich schriftlich verpflichte, das Urteil nicht zu veröffentlichen. (!) Dies Ansinnen lehnte Schäfer natürlich ab und so muß die Öffentlichkeit leider in Unkenntnis bleiben über die sächsische Regierungsweisheit. Gar zu groß kann der innere Wert einer Urteilsbegründung aber wohl kaum sein, wenn sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen muß. Gegen sächsische Volksschullehrer schweben gegenwärtig noch folgende Verfahren: 1. In Zwickau gegen die vier Vorstandsmitglieder des dortigen Lehrervereins, die einen ähnlichen Aufruf erlassen haben, wie es in Leipzig geschehen ist; 2. gegen den Redakteur der sächsischen Schulzeitung, Lehrer Leupold-Dresden, der den Zwickauer Aufruf in seinem Blatte abgedruckt und als ein sehr brauchbares Rüstzeug bezeichnet hatte; 3. gegen die Dresdener Lehrer Rudert und Arzt wegen Beteiligung an einer öffentlichen Versammlung; 4. gegen den ganzen Vorstand des Lehrervereins zu Plauen im Vogtlande wegen Veranstaltung einer Versammlung; 5. gegen das Vorstandsmitglied des sächsischen Lehrervereins Oberlehrer Hennig-Freiburg. Dieser Lehrer wird „beschuldigt“, einem Schuhmacher in Freiberg Material zu einer Broschüre gegen den Regierungsentwurf zum Volksschulgesetz geliefert zu haben. Wie man sieht, ein ganz niedliches Register. Aber ist es zu verwundern, daß die Regierungen in derartig rigoroser Weise vorgehen, wenn die Lehrer sich auf ihren Verbandstagen nicht genug am Hurrapatriotismus zu berauschen wissen und mit lendenlahmen Beschlüssen über die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten ihre besten Waffen aus der Hand geben?

Das Hochzeitsbad. Eine tragikomische Affäre beschäftigte letzthin das Schöffengericht in Marienburg (Westpreußen). Vor einiger Zeit ließ sich Fräulein S. von dort, die kurz vor der Hochzeit stand, aus der Marienburger Adlerapotheke Tannennadelduftextrakt holen, um ein „wohlriechendes“ Bad zu nehmen. Aus Versehen verabfolgte der Apotheker anstatt des gewünschten Extraktes — Holzteer. Die Verwechselung hatte zur Folge, daß die junge Braut bei dem Bade in ein Aschenbrödel verwandelt wurde. Außerdem ließ sich die Badewanne wegen der teerigen Masse nicht mehr in den früheren Zustand versetzen. Die Folge dieses Vorfalles war eine Schadenersatzklage bei Gericht für die unbrauchbar gewordene Badewanne; der Apotheker wurde auch zum Schadenersatz verurteilt. Der Braut hat das „Bad“ aber nichts geschadet, denn sie ist inzwischen glücklich in den Hafen der Ehe eingelaufen.

Die Dampferkatastrophe auf dem Nil. Wie man aus Kairo schreibt, ist nunmehr das Urteil über die Personen gefällt worden, die an dem letzten Schiffszusammenstoß auf dem Nil die Schuld trugen, bei dem zahlreiche Menschenleben verloren gingen. Der Kapitän des „Aslan“ wurde zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt und der Kapitän des „Psara“ von der Delta-Navigation-Company zu zwei Jahren Gefängnis. Außerdem wurde ein Mann von der Besatzung des „Psara“ zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden Schiffahrtsgesellschaften wollen gegen das Urteil Berufung einlegen. Die Familien der bei der Katastrophe Verunglückten werden Schadenersatzklagen einreichen.

Die Geheimnisse des Schlachthauses. Aus Neuyork wird geschrieben: Der Mensch gewöhnt sich an alles, auch an die scheußlichste Schweinerei. Welches Aufsehen erregte doch vor sechs Jahren des Genossen Upton Sinclair Roman „The Jungle“ mit seinen haarsträubenden Enthüllungen über die ekelhafte Unreinlichkeit in den Chikagoer Großschlächtereien, über die Schlachtung kranken Viehes, über den Verkauf verdorbenen, gesundheitsschädlichen Fleisches und die scheußlichen Geheimnisse der Wurstküche. Vorübergehend ging der Fleischkonsum zurück. Die angestellte amtliche Untersuchung bestätigte nicht nur die Wahrheit der Schilderung des Dichters, sondern stellte auch fest, daß es in den Schlachthäusern anderer Städte nicht besser zuging wie in denjenigen Chikagos. Die Großschlächtereien gelobten Besserung; Fleischinspektionsbeamte wurden wegen Pflichtverletzung disziplinarisch bestraft; das Inspektionspersonal erfuhr eine wesentliche Vermehrung, und das Ackerbauministerium versprach strikte Durchführung der gesetzlichen Vorschriften. Allmählich ließ sich das Publikum in Sicherheit wiegen. Mußte es ja doch nunmehr in der Fleischindustrie reell zugehen! Hier und da drangen zwar Einzelheiten in die Öffentlichkeit, die einem den Appetit zu verderben geeignet waren. Sie hatten aber nur die eine Wirkung, unsere Empfindlichkeit abzustumpfen. Da beleuchteten die Veröffentlichungen der Frau Hare grell wie ein Blitzlicht erneut die gesamte Situation, die heute schlimmer ist, als sie vor dem Kreuzzug Sinclairs war. Und doch wurden die bei jedem Menschen von normaler Empfindlichkeit Brechreiz verursachenden Enthüllungen von der großen Masse des Publikums gleichgültig aufgenommen. Mit ehemer Stirne verwiesen Fleischtrust und Bundesregierung die Darlegung der Frau Hare in das Reich der Fabel und Sensationshascherei. Von dem Repräsentantenhaus (Volkskammer des Bundesparlaments) wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission bestellt, die nach ihrem Vorsitzenden Moß schlechtweg Moß-Komitee genannt wird. Dieses Moß-Komitee begann dieser Tage mit der Vernehmung von Zeugen. Was dabei bisher festgestellt wurde, spottet der Gestaltungskraft auch einer ausschweifenden Phantasie und liefert zudem den untrüglichen Beweis, daß die Bundesregierung mit dem Fleischtrust unter einer Decke steckt. Fleischinspektionsbeamte, welche auf der pflichtgemäßen Inspektion des geschlachteten Viehs bestanden, wurden entweder aus dem Dienste gegrault oder entlassen. Groß-Schlächtereien verweigerten den Beamten, so den Inspektoren Dr. Laddey und Borroughs, den Zutritt zu den Pökelräumen. Die Fleischbarone hatten sich vom Ackerbauministerium für diese freche Verhöhnung der Gesetze und Vereitelung der Fleischinspektion im voraus schriftlich Straflosigkeit zusichern lassen. Dafür gaben die Großschlächter simplen Inspektoren und hohen Beamten des Ackerbauministeriums Festmahle, deren jedes Tausende von Dollars kostete. Und der Ackerbauminister Wilson war bei mindestens einem dieser „Liebesmahle“ Ehrengast. Auch andere Zeichen der Erkenntlichkeit fielen ab. Daß Bestechungen in bar erfolgten, ist bis jetzt noch nicht nachgewiesen. Auf die furchtbare Anklage, durch seine Schuld sei das Fleisch von 6 Millionen Schlachttieren trotz seiner Gesundheitsschädlichkeit als menschliche Nahrung auf den Markt gebracht worden, hat der Ackerbauminister Wilson nur die frivole Ausrede: „Die strikte Handhabung des Gesetzes hätte riesige Geldverluste und Härten für die Produzenten im Gefolge.“ Welch eine zärtliche Rücksichtnahme auf die Geldmittel der Lebensmittelwucherer vom Fleischtrust und welch eine verbrecherische Gleichgültigkeit gegen Leben und Gesundheit des konsumierenden Publikums! Sogar das Fleisch von Ochsen, welche in den Schlachthäusern verendeten, wurde unbeanstandet mit dem

Inspektionsstempel versehen und damit für den Handel freigegeben. Wenn überhaupt, wurden die einzelnen Teile der geschlachteten Tiere vielfach in Abwässerkanälen „gereinigt". Vergebens wiesen städtische und staatliche Sanitätsbehörden in Eingaben an die Bundesregierung darauf hin, daß das Wasser in den Spültrögen der Schlachthäuser von Typhusbazillen und anderen Krankheitskeimen wimmelt und die Groß-Schlächter sich trotz ergangener Aufforderungen hartnäckig weigern, für reines Wasser zu sorgen. Diese skandalösen Zustände finden wir in allen Teilen der Vereinigten Staaten. Über die Naturgeschichte der als Wurst bekannten Delikatessen wollen wir kein Wort verlieren. Denn in dieser Hinsicht hat Amerika vor andern Ländern auch nicht allzuviel „voraus".

Kleine Chronik. Aus München meldet ein Telegramm: Zwischen der Bayrischen- und der Goethestraße stießen zwei Straßenbahnwagen aufeinander. Der Materialschaden ist bedeutend. Elf Personen wurden leicht verletzt, ein Wagenführer erlitt außer verschiedenen Verletzungen eine schwere Gehirnerschütterung. Ob ein Verschulden eines der beiden Wagenführer oder Nichtfunktionieren der automatischen Weiche vorliegt, muß erst festgestellt werden. — In Hechtsheim, einem Vorort von Mainz, sind bei einem im Anwesen des Landwirts Matthias Ender ausgebrochenen Feuer zwei Kinder im Alter von 4 und 6 Jahren verbrannt. — Die „Münchener Zeitung" meldet aus Innsbruck: Beim Bau der Ennebergstraße wurden infolge frühzeitigen Losgehens eines Sprengschusses zwei Mineure getötet und mehrere Arbeiter verletzt. — Das eine Opfer der Prager Arzneiverwechselung, Frau Eisner, liegt noch schwer krank darnieder, doch hoffen die Ärzte, sie am Leben zu erhalten. Wem die Schuld zuzuschreiben ist, steht noch nicht fest. Der Apotheker, von dem das Medikament bezogen wurde, teilt mit, daß Dr. Fischer das schwefelsaure Baryt kiloweise bezogen hat, da zu einer Röntgendurchleuchtung 100 Gramm nötig sind. Das letzte Kilo sei am Dienstag in fester Verpackung geliefert worden. Es sei ausgeschlossen, daß in der Apotheke ein Irrtum vorgekommen sei, es könne nur eine Verwechselung in der Wiener Fabrik vorgekommen sein. — Gestern früh ist in der Steinbrucher Straße in Budapest ein Wagen der elektrischen Straßenbahn umgestürzt, weil Steine auf die Schienen gelegt worden waren. Zwei Personen wurden schwer, zehn leicht verletzt. — Vier Landarbeiter wollten bei der Ortschaft Porombka den durch die Regengüsse der letzten Woche hoch angeschwollenen Solafluß in einem Nachen überfahren. Dabei ist der Nachen umgeschlagen und alle vier Arbeiter sind ertrunken.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 31. Mai.

Auftrieb 3815 Schweine. Markt schlank geräumt. — Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 69,— bis 70,— (55,00 bis 56,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 69,— bis 70,— (55,— bis 56,00 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 70,00 bis 71,— (54,50 bis 55,— Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 69,— bis 71,— (53,50 bis 55,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 68,— (45,50 bis 51,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,— bis 65,— (51,00 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 58,00 bis 63,00 (45,00 bis 49,00) Mk.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 31. Mai.

1. Qualität	116—119 Mk.
2. „	104—110 „
Amerikanische und fremde, verzollt	— „
Fehlerhafte und ältere Bauernbutter	— „
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	— „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	115—116 „
do. II. do.	113—114 „
Finländische Meiereibutter	— „
Finnländische Bauernbutter	110 „

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

„Dehazet" die neue Bezeichnung (769) für Hansa-Tafelmischhonig.

:: Komitee- und Kommissionssitzungen ::

Transportarbeiter.
Vorstandssitzung
Montag abend 8½ Uhr. (803

Heute nacht 1¾ Uhr entschlief nach langem schweren Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter und Schwester
Maria Köhler Ww., geb. Mejer
in ihrem 66. Lebensjahre.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen
F. Spiering und Frau, geb. Köhler.
A. Meidel und Frau, geb. Köhler.
C. Köhler und Frau.
H. Schümann und Frau.
A. Schümann.
Lübeck, 31. Mai 1912.
Petersilienstraße 6.
Beerdigung Dienstag nachmittag 4¼ Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes. (795

Heute Sonnabend morgen 4 Uhr entschlief sanft unser Vater, Schwiegervater und Großvater
J. Börth
in seinem 78. Lebensjahr. Tief betrauert von den Seinen.
J. Stahl u. Frau, geb. Börth, und Enkel.
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 3½ Uhr vom Vorwerker Friedhof aus statt. (816

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Silberhochzeit danken herzlich
783) **Detlev Mauß u. Frau.**

Zum 1. Oktober zu vermieten freundl. abgeschlossene (706)
2-Stuben-Wohnung.
Näh. **Chaisotstraße 18, pt., vorn.**

Zu verm. 1. Etage Hinterhaus
40 Kottwitzstraße 40
2 Zimmer u. Zubehör, 150 Mk. (369
Näheres daselbst Hinterhaus.

Ein leeres Zimmer
zu vermieten. (779
Glandorpstr. 13 II.

Zum 1. Juli **kleine Wohnung** zu vermieten Untertrave 19/42 (Hellgrüner Gang.) Zu melden
790) **Hamdorf,** Wahmstr. 81.

Zu vermieten: **Möbl. Zimmer** mit morgens und abends Kaffee. Woche 2 50 Mk. (796
Ludwigstraße 40 I.

6 Stück 2-Familien-Häuser a 3 Zim. inkl. Stall u. Gart., 10 Min. v. d. Endst. der el. Bahn, bei ger. Anz. zu verk. **C. & H. Dechau,** Moislinger Allee 141. (219

Haus i. d. Hundestr. m. 2 Wohnung. für 5000 Mk. zu verk. Anz. 1000 Mk.
814) Näh. Gewerbesstraße 14, pt.

1 Gangbude mit Stall zu verk.
772) Näheres Lindenstraße 53.

Fast neues Herrenrad
billig zu verkaufen.
785) Percevalstr. 47 II.

Anzüge, Kleider, Blusen, Bettzeug und Fußzeug billig zu verkaufen (794) **Schildstraße 5.**

Alt. **Brennholz** in kl. Haufen zu verk. Sonntag morgen 7½—8½ Uhr. Dornestr. (Schumachers Grundst.) 771

Lübecker Strassenbahn.

Aus Anlaß des in Israelsdorf stattfindenden Hunderennens und des in der Forsthalle veranstalteten Sommerfestes des Kameradschaftsbundes der 76er und 162er werden am Sonntag nachmittag auf der Strecke **Geibelplatz-Forsthalle Sonderwagen** verkehren. Der Betrieb wird bis 2 Uhr nachts ausgedehnt.

Die Wagen der **Linie 2 Krankenhaus-Kirchhof** werden dagegen **nur zwischen Krankenhaus und Kirchhof verkehren.**

Wegen des in Schwartau stattfindenden Waldfestes des Bundes der Landwirte werden auf der Strecke **Bahnhof Lübeck-Markt Schwartau Sonderwagen** verkehren und der regelmäßige **20-Minuten-Verkehr bis 12 Uhr nachts** ausgedehnt.

Lübeck, 1. Juni 1912. (811)

Die Betriebsverwaltung.

Betten-Duve liefert bestens und billigst. (109) Gr. Burgstr. 32.

Die Sozialdemokratie u. die Wahlen zum deutschen Reichstag
ist jetzt erschienen und kann in unserer Buchhandlung abgeholt werden.
Preis 1 Mark.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Ein Waschtisch
zu verk. (782) Friedenstr. 42, II.

Gute Plüschgarnitur
preiswert zu verkaufen.
787) Schwartauer Allee 86a.

Gut erhalt. Kohlenbadeofen billig zu verkaufen.
Franz Stamer, Klempnermeister,
781) St. Annenstr. 18.

Fahrrad, Torpedofreilauf (Tornado) für jed. annehmbaren Preis.
804) **Rauch,** Brockesstr. 45, 1. Et.

2 Dobermannhunde
zu verkaufen.
817) **G. Sorgenfrei,** Vorwerk.

Ein Ziegenlamm
8 Wochen alt, zu verkaufen.
775) **Helmreich,** Fackenburg.

2 Zugänger
zu verkaufen.
Heldmann, Torneiweg (Burgtor). (786

Entflogen eine Straalsund. **Taube.** Es wird gebeten dieselbe wieder abzugeben (784
Schönböckener Straße 3a.

Wer wünscht ein Kind für eigen, event. in Pflege zu nehmen. Selb. kann Ende August, Anf. Sept. geb. werd. Off. unt. **H C** a. d. Exp. (732

Blaue franz. Kartoffeln
vorzüglich im Geschmack, 10 Pfd. 60 Pfg., 100 Pfd. 5,25 Mk.
Magnum bonum, gelbkochend, 10 Pfd. 50 Pfg., 100 Pfd. 4,50 Mk. empfiehlt (813
Wilh. Süfke,
Warendorpstr. 25. Fernspr. 1746.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 2. Juni von 1 Uhr ab. (780
Dr. med. Pühmeyer, Marlistr. 15c.
Dr. med. Raben, Hüxtertor-Allee 13.
Dr. med. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-handlg. u. Reparaturwerkstatt. (104) **Fünfhausen 13.**

Neuheit! (778
Germania-
Waschblau und Creme-Farbe-Papier.
Hausfrauen probiert.

Futterkartoffeln 100 Pfd. 3 Mk. empfiehlt
792) **C. Prestin,** Fleischhauerstr. 60.

2 guterhalt. D.-Fahrräder 45 und 65 Mk. **2 guterh. H.-Räder** m. Torpedofr. 35 und 45 Mk. **Geschäftsrad** m. dopp. Rahmen 50 Mk. **Neue Räder** sowie sämtliche **Zubehörteile** gut und billig. (797
M. Schultz, Wakenitzmauer 5.

ff. **Magnumbonum-Eßkartoffeln** 10 Pfd. 50 Pfd., 100 Pfd. 4,50 Mk. **Magdeburg. gelbe Eierkartoffeln** 10 Pfd. 65 Pfg., 100 Pfd. 5,50 Mk. Runde gelbe 10 Pf. 45 ₰, 100 Pf. 4 M. Kleine blaue u. weiße Eßkartoffeln 10 Pf. 40 ₰, 100 Pf. 3,50 M. empfiehlt
793) **C. Prestin,** Fleischhauerstr. 60.

Junge Kartoffeln Pfd. 18 Pfg. Spargel Pfd. 50 und 60 Pfg. Gurken und Grünwaren billigst. Beckergrube 92 und Gneisenaustraße 4. (802

Gluckе mit 10 Küken zu verk.
773) Ziegelstraße 24a.

Hierdurch zur Kenntnisnahme, daß ich das
Malergeschäft
meines verstorb. Mannes unverändert weiter führen werde unter der Leitung mein. Gehilfen **Aug. Bründel.** Indem ich für das meinem Manne bewiesene Vertrauen bestens danke, bitte ich, mich bei vorkommendem Bedarf zu berücksichtigen. Sichere gute und reelle Arbeit zu soliden Preisen zu. In Kassaangelegenheiten bitte ich, sich direkt an mich zu wenden.
Hochachtungsvoll
Frau **Marckmann Wwe.,**
Drögestraße 12. (776

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) **Billigste Preise.**
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Prachtvolle Salongarnitur Mk. 165, Salonschrank 75, Tisch 18, eleg. Plüschgarnitur 85, Vertikos reich geschnitzt 55, gr. Trumeaux 35, reich geschnitzte Bortgarnit. mit Herrensessel 150, Schlafzimmer ff. u. Küche, Diwan, Stühle, Verschiedenes. (108
Besichtigung Wahmstr. 83, p. r.

Täglich in allen Verkaufsstellen:
Frisches
Kraft-Dauer-Brot
C. Siemers, Struckmühle.
114) Fernsprecher 1110.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
98) empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Spezialitäten
d. Firma Ludw. Wiegels, Fischergrube 57
Bungescher Speiseessig,
Kons. Honigessig, Ia. Flomheringe, Ia. Anchovis,
Ia. weinsaure Salzgurken,
Ia. Magdeburger Sauerkohl
105) Ia. Rollmops.

10.50 Mk. 12.50 Mk.
Rote Rabattmarken — WELT-SCHUH-MARKE Salvator GARANTIERT — oder 4 Prozent bar.
15.50 Mk. 18.00 Mk.
107) **Alleinverkauf**
F. Baurenfeind, Mühlenstr. 34.

Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.
Ordentliche
General-Versammlung
am Montag, den 10. Juni 1912
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1912.
2. Revisionsbericht des Verbandssekretärs Herrn F. Vieth und des Verbandsrevisors Herrn W. Schmittinger, Hamburg.
3. Abänderung der §§ 25 Absatz 2 und 36 Absatz 4 des Statuts.

☞ An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Anteilscheine legitimieren müssen. (798
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr,
102) 65 Pfg.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
103) **H. Pagel.**

Hansa-Halle
Morgen Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
808) **J. Rieck.**

Lübecker Gaskoks. (717)